

Geleitwort

Dieses ist das sechste Parteiprogramm in der bald hundertjährigen Geschichte der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Nach dem Gründungsprogramm von 1888 hat die SPS in den Jahren 1904, 1920, 1935 und 1959 neue Programme verabschiedet.

Das Parteiprogramm ist in der Sozialdemokratischen Partei immer von besonderer Bedeutung gewesen. Es ist eine Zusammenfassung der in der betreffenden Zeitepoche als gültig erachteten weltanschaulichen Grundsätze und eine Darstellung der Leitideen, die von einer möglichst breiten Mitgliedschaft als Handlungsbasis akzeptiert werden können.

Die historischen Programme der SP Schweiz widerspiegeln die verschiedenen Etappen der Arbeiterbewegung in unserem Lande, - ja, sie widerspiegeln ein Stück Schweizer Geschichte. Denn unser Land ist im 20. Jahrhundert von der Sozialdemokratie entscheidend mitgeprägt und verändert worden.

Dieses Programm ist in einem sechsjährigen Prozess von 1976 bis 1982 entstanden. Es wurde vom ordentlichen Parteitag vom 12. bis 14. November 1982 in Lugano mit überwältigendem Mehr verabschiedet.

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Herausgeberin

Sozialdemokratische der Schweiz
Postfach
3001 Bern Tel. 031/ 22 07 44

Satz und Druck

SPS

Mai 1993

60. - 63. Tausend

Inhaltsverzeichnis

(0)	Präambel	4
<u>Betroffenheit</u>		
(3)	Persönliche Existenz	5
(2)	Wachstumsgesellschaft	6
(3)	Bürger und Staat	7
(4)	Internationale Abhängigkeit	8
<u>Grundsätze</u>		
(5)	Der Mensch im Kapitalismus	9
(6)	Überwindung des Kapitalismus	10
(7)	Demokratie	11
(8)	Selbstverwaltung	12
(9)	Wohlstand und Wohlfahrt	13
<u>Standortbestimmungen</u>		
(10)	Sozialdemokratie und Staat	14
(11)	Sozialdemokratie und Kommunismus	16
(12)	Sozialdemokratie und Oekologie	17
<u>Arbeitsformen</u>		
(13)	Methoden der Durchsetzung	18
(14)	Mitarbeit im Staat	19
(15)	Amt und Partei	20
(16)	Bündnisse	22
(17)	Neue Arbeitsformen	24
<u>Einzelbereiche der Politik</u>		
(18)	Wirtschaft I (Arbeiten und Leben)	26
(19)	Wirtschaft II (Markt und Lenkung)	28
(20)	Wirtschaft III (Verfüugungsmacht)	30
(21)	Finanzpolitik	32
(22)	Sozialpolitik	34
(23)	Familienpolitik	36
(24)	Jugendpolitik	37
(25)	Boden und Wohnen	38
(26)	Landwirtschaftspolitik	39
(27)	Bergbebiets- und Randregionenpolitik	41
(28)	Kommunalpolitik	42
(29)	Ausländerpolitik	43
(30)	Verkehr	44
(31)	Energie	46
(32)	Medien	47
(33)	Konsumentenpolitik	48
(34)	Gesundheit	49
(35)	Bildung	50
(36)	Kultur und Sport	52
(37)	Aussen- und Entwicklungspolitik	53
(38)	Friedenspolitik	54
(39)	Sicherheit/Armee	55
(40)	Feminismus	56

Fragen - Erkennen - Handeln

Wir Sozialdemokraten fragen uns:

Wo stehen wir in der gesellschaftlichen Entwicklung? Im eigenen Land? In der Welt?

Sind wir auf die Wende ins nachindustrielle Zeitalter genügend vorbereitet? Wie steht es um die Würde des Menschen? Um die Würde aller Menschen? Haben wir unsere historische Aufgabe erfüllt?

Wir haben erkannt:

Schwere, aber auch erfolgreiche Etappen liegen hinter uns. Die Ziele jedoch sind längst noch nicht erreicht. Armut, Abhängigkeit, Ausbeutung und Entfremdung sind nirgendwo beseitigt, auch nicht bei uns.

Sichere Arbeitsplätze sind nicht gewährleistet. Wir haben Wohlstand im Land - aber in der Welt wird gehungert. Wir haben Frieden im Land - aber in der Welt wird getötet. Wir haben Freiheit im Land - aber die Kerker der Welt sind überfüllt.

Die menschengerechte Gesellschaft und die soziale Demokratie sind nicht verwirklicht:

Nicht bei uns - nicht in der Welt.

Eine menschengerechte Gesellschaft und der demokratische Sozialismus bleiben das unabänderliche Ziel unserer Arbeit und unseres Kampfes.

Zur traditionellen Aufgabe im Kampf wider die Ausbeutung und Unterdrückung ist uns eine neue Aufgabe gewachsen: Eine sinnvolle Existenz zu ermöglichen in einer lebenswerten Umwelt.

Wir handeln:

Mit diesem Programm legen wir die Grundsätze für unser Handeln fest, für die Arbeit in der Gegenwart und in einer näheren und fernen Zukunft. Diese Grundsätze sind auf die langfristigen Zielsetzungen einer Gesellschaft in solidarischer Freiheit ausgerichtet.

Dazu gehören die Überwindung des Kapitalismus, die Überwindung der Vorherrschaft des einen Geschlechts über das andere, die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit, Sicherheit, Würde des Menschen, Freiheit und Solidarität. Dazu gehören der Schutz und die Erhaltung der Umwelt. Dazu gehört der Kampf um den Frieden. Danach wollen wir handeln.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz vertritt die Interessen der Arbeitnehmer im weitesten Sinn. Sie steht allen Männern und Frauen offen, die sich hinter ihre Grundsätze und Zielsetzungen stellen.

Persönliche Freiheit und Selbstbestimmung gehen verloren

Der materielle Wohlstand hat uns von vielen Abhängigkeiten befreit. Nur ein Teil unserer Bevölkerung hat daran teilgehabt, und dieser Wohlstand hat eine ständig steigende Not in den Entwicklungsländern zur Folge.

Für diejenigen, die über Freizeit und Bildung verfügen, haben sich die Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit erweitert.

Die Rezession von 1974 hat uns zum Bewusstsein gebracht, wie prekär unsere wirtschaftliche Existenz ist. Durch eine weltweite Wirtschaftskrise sind Millionen von Menschen arbeitslos geworden.

Auch in unserem Land gibt es Betriebsschließungen, Entlassungen und Kurzarbeit. Das bedeutet Verlust der Entfaltungsmöglichkeiten bei der Arbeit, aber vor allem Einkommensverlust.

Zudem wird die Lebensqualität durch Umweltschäden beeinträchtigt. Gesundheit und Wohlbefinden sind in Mitleidenschaft gezogen. Neue Technologien bringen Mitwelt, Umwelt und Nachwelt in existenzbedrohende Gefahren, die es zu meistern gilt.

Das ökonomische Prinzip, die Wirtschaft also, dringt ständig in neue Bereiche des Lebens und Zusammenlebens ein. Alles wird zum Geschäft gemacht, selbst die zwischenmenschlichen Beziehungen.

Unsere Eigenständigkeit wird immer stärker beeinträchtigt. Wir fragen immer häufiger nach dem eigentlichen Sinn des Lebens und der Arbeit. Viele haben das Gefühl, dass sie sich nicht entfalten können. Viele sind gezwungen, Dinge zu tun, die sie gar nicht wollen. Die Eigenständigkeit entgleitet ihnen, und in gesellschaftspolitischen Belangen sind sie sprachlos und passiv. Der Verlust an Sinn und Entfaltungsmöglichkeit führt zum Überkonsum von Prestigeobjekten und Suchtmitteln. Der Zwang zur Mobilität, dem die arbeitenden Menschen mehr und mehr ausgesetzt sind, reißt sie aus ihrer sozialen Gemeinschaft heraus. Vereinsamung ist die Folge. Materielle Existenz und persönliche Entfaltung des einzelnen Menschen und die Lebensqualität für die Gemeinschaft aller müssen gesichert werden.

Die Wachstumsgesellschaft ist in Frage gestellt

Die Wirtschaft hat nach dem Zweiten Weltkrieg einen unerwarteten Aufschwung genommen. Die Einkommen konnten gesteigert und die sozialen Einrichtungen ausgebaut werden.

Diese Entwicklung hat in unserem Land die materielle Armut verringert und zu relativem Wohlstand geführt. Doch das ungezügelte Wachstum der Wirtschaft zeigt jetzt seine negativen Folgen. Die allgemeine Lebensqualität wird durch die Inflation, die ungerechte Verteilung der Einkommen und durch das ausgeprägte Profitdenken ausgehöhlt. Der Wildwuchs der kapitalistisch geprägten Wirtschaft beschert uns tiefgreifende Gesellschaftsveränderungen, welche der demokratischen Kontrolle entzogen sind. Viele Arbeitnehmer, besonders die älteren, fühlen sich dadurch verunsichert und beunruhigt. Neue Technologien, insbesondere im Bereich der Datenverarbeitung, werden zumeist ohne Einbezug der betroffenen Arbeitnehmer durchgesetzt.

Die Entwicklung der Wirtschaft führte zudem über gewaltige Konzentrationsprozesse zu einer wirtschaftlichen Machtballung ohne demokratische Kontrolle, die uns alle betrifft. Die masslose Expansion der Wirtschaft und der gewaltig angeschwollene Verkehr haben Schäden und Zerstörung der Umwelt zur Folge. Wir sind gezwungen, mit viel Geld die Schäden an Natur und Umwelt und an der Gesundheit der Menschen zu beheben.

Die stürmische Entwicklung der Wirtschaft brachte eine Verschwendung von Rohstoffen und Energie mit sich. Die Erkenntnis, dass Rohstoffe und Energie nur in begrenztem Umfang vorhanden sind, macht Massnahmen zur Schonung der Naturschätze und zur Erschliessung neuer Energiequellen dringend notwendig.

Bei vielen Bürgern und Bürgerinnen dieses Landes ist die Angst vor den wirtschaftlich bedingten Umwälzungen zu einer Angst vor Veränderungen überhaupt geworden.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise hat sich nicht geändert: Motor für die wirtschaftliche Entwicklung ist nach wie vor der Profit. Die Unternehmer entscheiden über Produktion und Investitionen nach Gewinnerwartungen und nicht nach den Bedürfnissen der Menschen. Die Entscheidungsstrukturen der Wirtschaft müssen geändert und den Menschen dienstbar gemacht werden.

Bürger und Staat entfremden sich

Während eines Jahrhunderts hat die Arbeiterbewegung im Kampf innerhalb und ausserhalb der demokratischen Institutionen den Staat gezwungen, gegen den Widerstand eines privilegierten Bürgertums eine Reihe sozialer Aufgaben zu übernehmen.

Der Staat schützt immer noch die Interessen der Privatwirtschaft. Er wird gezwungen, Kosten zu tragen, die durch profitorientiertes Unternehmertum verursacht werden. Der Staat verteilt diese Kosten auf die Allgemeinheit, ohne ihr Kontrollbefugnis gewähren zu können. Zunehmende Steuerlasten, wachsende Übergriffe auf die Freiheitsrechte der Bürger und Einschränkungen des politischen Handlungsspielraums, sowie eine zunehmend anonyme zentralistische Bürokratie als Reaktion auf die Machtkonzentration der Wirtschaft, führen zur Entfremdung zwischen Bürger und Staat.

Die ehemals revolutionären Errungenschaften, die Volksrechte, wurden abgewertet, weil nicht demokratische Stimmenmacht, sondern das den Marktmächten verflochtene Kartell von Eliten und Funktionären diesen Staat mehr und mehr verwaltet. Die Glaubwürdigkeit der demokratischen Institutionen ist in Frage gestellt.

Viele haben das Gefühl, dass der Staat ihre Freiheit beschränke und sie in vielen wichtigen Lebensbereichen allein lasse (Hypothekarzins, Betriebsschliessungen und -verlegungen, Mieterschutz, Arbeitsplatz). Das Gefühl der Ohnmacht, der Überforderung und Enttäuschung gegenüber dem anonymen Staat führt dazu, dass weit mehr als die Hälfte der Stimmbürger ihre demokratischen Rechte nicht mehr wahrnimmt. Das gilt vor allem für die Arbeitnehmer. Diese Staatsverdrossenheit wird vom politischen Gegner schamlos ausgenützt, um die bestehenden Privilegien auf Kosten erkämpfter Freiheitsrechte und sozialer Errungenschaften noch weiter auszubauen.

Die Finanzkrise des Staates und seine Unfähigkeit, den privaten Reichtum zugunsten des Allgemeinwohls wirksam einzusetzen, führt zur direkten Gefährdung mühsam erkämpfter sozialer Errungenschaften. Der soziale Leistungsstaat ist durch eine bürgernahe und dezentralisierte Verwaltung in den Dienst der Menschen zu stellen. Immer mehr Bürger nehmen am politischen Leben nicht mehr teil. Sie haben das Vertrauen in die Möglichkeit unverfälschter demokratischer Willensbildung verloren. Sie nehmen die Gelegenheit nicht wahr, ihre Erfahrungen, ihre Kenntnisse und ihre Bedürfnisse in den demokratischen Entscheidungsprozess einzubringen. Diese politisch Passiven wollen wir auf allen Ebenen zur demokratischen Mitbestimmung ermutigen.

Die nationale Eigenständigkeit geht verloren

Die Kleinräumigkeit und Neutralität unseres Landes hat uns viele politische Krisen und kriegerische Auseinandersetzungen, wie sie grossen Nationalstaaten beschert waren, erspart. Der Föderalismus hat uns eine gewisse Überschaubarkeit und Kontrollmöglichkeit garantiert.

Das Bild von der neutralen, unabhängigen Schweiz hält genauer Betrachtung nicht stand. Isolationismus ist keine angemessene Reaktion, weil die Schweiz in mancher Hinsicht vom Ausland abhängig und weltweiten Zwängen ausgesetzt ist.

Unternehmen und Banken operieren multinational. Produktionsstätten werden ins Ausland verlagert und einheimische Betriebe von multinationalen Konzernen aufgekauft. Die Geldströme über den Bank- und Finanzplatz unterwerfen unsere Währung ausländischen Einflüssen. Aber tausende unserer Arbeitsplätze hängen vom Export ab. Für Rohstoffe und Energie sind wir auf Importe angewiesen. Fremdarbeiter und Touristen bilden einen wichtigen Faktor in unserer Wirtschaft. Unsere Souveränität erfährt daher erhebliche Einschränkungen.

Die Schweiz ist nicht nur selbst vom Ausland abhängig, sie schafft auch Abhängigkeiten. Wie andere Industrieländer ist sie ein Teil des Systems das die Abhängigkeit und Verelendung der Entwicklungsländer in Afrika, Lateinamerika und Asien aufrechterhält und verstärkt. Die grösste soziale Frage unserer Epoche stellt sich heute in der Dritten Welt. Die tragische Entwicklung in diesen Ländern macht das Ernährungsproblem für die Menschen der Dritten Welt zur nackten Überlebensfrage.

Das ist für die Arbeiterbewegung eine neue und grosse Herausforderung. Die Notwendigkeit, der Internationalisierung des Kapitals die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung entgegenzustellen, wird immer zwingender. Von den Ereignissen der Welt sind wir mitbetroffen.

Durch die Entwicklungspolitik der reichen Länder dürfen nicht noch mehr Abhängigkeiten und noch mehr Ausbeutung geschaffen werden. Jedes Volk hat ein Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung.

Seit dem Zweiten Weltkrieg haben unzählige Kriege und gewaltsame Machtwechsel, insbesondere in der Dritten Welt, stattgefunden. Anstatt systematisch dem Welthunger zu begegnen, werden jährlich weltweit mehrere hundert Milliarden Franken in einem irrsinnigen Rüstungswettlauf verschleudert. Mit dem bereits angehäuften Atomwaffenpotential kann die Menschheit mehrmals vernichtet werden. Militaristen, Rüstungsexperten, Waffenindustrielle und die Aussenpolitik der Supermächte haben einen Teufelskreis von Vor- und Nachrüstungsprogrammen in Gang gesetzt. Der Menschheit droht eine kriegerische Katastrophe von unvorstellbarem Ausmass.

Während in Afrika, Asien und Südamerika die Supermächte sogenannte konventionelle innen- und aussenpolitische Waffengänge inszenieren oder tolerieren, richten sie immer mehr Atomsprengsätze auf Europa. Während die armen Länder in der Welt in Kriege gehetzt werden, üben die Supermächte das Gleichgewicht des Schreckens.

Wir wollen den demokratischen Sozialismus, weil er in der Achtung der Würde des Menschen wurzelt

Der demokratische Sozialismus hat sich immer gegen jede Herrschaft von Menschen über Menschen, gegen elitäres Denken, Rassismus, Sexismus sowie gegen die Vorherrschaft des Ökonomischen über den Menschen gewandt.

Sozialismus steht ein für die Gleichheit aller Menschen - Gleichheit nicht im Sinne der Gleichartigkeit, sondern von Gleichwertigkeit. Ungleichartigkeit und Vielfalt der Begabungen gehören zum Reichtum der menschlichen Existenz. Jeder Mensch sollte das Recht haben, allein oder mit anderen zusammen, ein sinnvolles, von Herrschaftsverhältnissen freies Leben zu gestalten.

Sozialismus, wie wir Sozialdemokraten ihn verstehen, enthält keine Entscheidung darüber, wie ein sinnvolles Leben aussieht. Er erstellt keine Vorschriften über die individuelle Lebensführung. Unser Sozialismus ist weder fixierte Weltanschauung noch ein Religionsersatz, sondern lässt Raum für weltanschaulichen Pluralismus und für die freie Entscheidung des einzelnen in Gemeinschaft mit anderen. Der demokratische Sozialismus soll mit demokratischen Methoden erreicht werden.

Von den Liberalen unterscheidet sich unser Menschenbild dadurch, dass wir menschliche Entfaltung nicht einfach als Herrschaft des Tüchtigen wollen, sondern nur in Gemeinschaft und im Austausch mit allen und mit Rücksicht auf alle.

Ein Leben in Freiheit, das nicht nur Privileg von wenigen ist, können wir nur gemeinsam erreichen.

Der demokratische Sozialismus kämpft für die Einhaltung der Menschenrechte. Die Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen muss in allen Ländern verwirklicht werden. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Verwirklichung der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Zuerst der Mensch, dann die Wirtschaft

Durch die Überwindung des Kapitalismus wollen wir die Vorherrschaft der Ökonomie über den Menschen aufbrechen. Unser Ziel ist die Entwicklung der Wirtschaft zum Wohle aller.

Der Kapitalismus ist in alle Lebensbereiche eingedrungen und hat die Werte und Ziele des Menschen und den Entwicklungsprozess der Gesellschaft geprägt. Er schränkt die Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen ein, weil er alles, selbst die Menschlichkeit, Gefühle, Liebe, Natur, zur Ware oder zum Geschäft macht. Er beraubt unsere Gesellschaft der Fähigkeit, dezentralisierte und nach Bedürfnissen orientierte wirtschaftliche Entwicklungswege zu beschreiten, und zerstört die Lebensgrundlagen.

Der Kapitalismus hat in der Schweiz eine eigene Entwicklung durchgemacht. Er hat anfänglich die dezentralisierte, föderalistische politische Struktur unseres Landes zugelassen, gleichzeitig jedoch die wirtschaftliche Konzentration gefördert. Die Machtballung, die sich aus dieser Kapitalkonzentration ergeben hat, führte zur Vorherrschaft der Wirtschaftsinteressen vor den politischen Entscheiden.

Der Kapitalismus hat einen doppelten Charakter:

- ☐ Private Verfügungsgewalt über das Kapital und private Aneignung des Gewinns.
- ☐ Kapitalanhäufung und in der Folge ungezügelter Wachstum.

Aus dieser doppelten Bedeutung ergibt sich folgende Strategie zur Überwindung des Kapitalismus:

- ☐ Überwindung des Kapitalismus heisst einerseits Überführung der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel unter die gesellschaftliche Kontrolle, durch Demokratisierung der Wirtschaft, durch Selbstverwaltung und demokratische Kontrolle von wirtschaftlicher Macht. Dazu gehört auch die schrittweise Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital der Unternehmer, wobei die Kapitalanteile der individuellen Verfügung entzogen (neutralisiert) werden und im Unternehmen bleiben.
- ☐ Überwindung der Wachstumszwänge des Kapitalismus erfordert die Überwindung von Fehlentwicklungen und die Lenkung durch demokratisch abgestützte Rahmenbedingungen der Öffentlichkeit.

Beides schliesst den Wettbewerb in Produktion und Verteilung nicht aus. Der Wettbewerb hat eine wichtige Steuerungsfunktion, die wir erhalten wollen.

Demokratie ist für uns Lebensform und Mittel zur Veränderung

Die schweizerische Arbeiterbewegung hat seit Anbeginn auf Demokratie gesetzt. Sie war auch treibende Kraft bei der Durchsetzung des Proporzwahlrechts und des Frauenstimmrechts. Sie hat im Staat mitgewirkt, weil die demokratischen Einrichtungen wenigstens formal auch für sozialistische Vorstellungen offen waren.

Demokratie ist für uns die Staatsform, in der jeder einzelne und die Gesellschaft ihr Schicksal selbst bestimmen und ihre Konflikte austragen können. Voraussetzung ist ein Bildungswesen, welches entsprechende Grundlagen schafft.

Zur Demokratie gehören auch die Prinzipien der Öffentlichkeit, Diskussionen und Revidierbarkeit aller Entscheidungen. Demokratie anerkennt und verteidigt bedingungslos die Würde des Menschen.

Demokratie schliesst alle Menschen unabhängig von Geschlecht und sozialer Stellung in den Entscheidungsprozess ein. Demokratie ist geprägt vom Willen, allen Menschen die hierfür erforderlichen Bedingungen zu erschliessen. Sie bekämpft die Vorherrschaft der Experten und der durch Bildung Privilegierten. Demokratische Entscheidung basiert auf unterschiedlichsten Erfahrungen und Kenntnissen. Niemandem kann die Fähigkeit abgesprochen werden, dazu einen wesentlichen Beitrag zu leisten.

In der Entwicklung so verstandener Demokratie stehen wir erst am Anfang. Denn Demokratie ist nicht nur Regierungsform, sondern auch Lebensform, die sich im Alltag des menschlichen Lebens bewähren soll.

In einer wirklich demokratischen Gesellschaft muss sich das demokratische Prinzip auch auf die wirtschaftlichen Grundentscheidungen beziehen. Demokratie ist für uns solange nicht verwirklicht, als sie von den Unternehmungen ausgeschlossen bleibt und in den Massenmedien, in Kultur, im Bildungsbereich und in der Familie nicht stattfindet. Gesellschaftlicher Fortschritt heisst für uns mehr Demokratie in allen Lebensbereichen.

Demokratie in einer Gesellschaft, wie wir sie anstreben, geht weit über die blosser Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen hinaus. Sie muss durch Selbstorganisation, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung verwirklicht werden.

Selbstverwaltung ist ein grundlegendes Prinzip, mit dem wir die Demokratie erweitern und vertiefen wollen

Das demokratische Prinzip ist für uns Sozialdemokraten nicht erfüllt, wenn Demokratie nur als Organisationsprinzip für die Machtverteilung im Staate gilt. Demokratie, wie wir sie verstehen, muss in alle Bereiche hineingreifen und jedem einzelnen und jedem Kollektiv möglichst viel Eigenständigkeit, Beteiligung und Mitverantwortung garantieren.

Das demokratische Prinzip, das uns dies ermöglicht, heisst Selbstverwaltung.

Selbstverwaltung heisst: Die Menschen nehmen die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme, von denen sie betroffen sind, gemeinsam in die Hand.

Selbstverwaltung ist nicht nur ein Organisationsprinzip, sondern eine Grundhaltung, eine Lebensform für alle Bereiche menschlichen Lebens: Arbeit, Familie, Freizeit, Bildung, Kultur, Sozialwesen u.a. Sie beginnt im Zusammenleben, im Wohn- und Freizeitbereich, in der Erziehung und Bildung, bei der Arbeitsteilung von Mann und Frau.

Selbstverwaltung ist nicht nur ein Modell für die Gesellschaft, sondern eine Fähigkeit jeder Person. Sie erfordert eine Haltung, mit der ein Mensch aktiv, kreativ, initiativ und selbständig für seine Bedürfnisse eintreten und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen kann.

Selbstverwaltung ist nicht einfach Delegation von Aufgaben an gewählte Vertreter. Sie bedeutet Beteiligung der Betroffenen am Entscheiden, Handeln und an der Verantwortung und den Konsequenzen.

Selbstverwaltung ist auch nicht eine Oligarchie der Wortgewaltigen, Organisationstüchtigen und der durch Bildung Privilegierten. Sie bezieht alle Beteiligten in die Entscheidung ein. Sie ermutigt jene, die in der menschlichen Gemeinschaft weniger günstige Ausgangspositionen haben.

Selbstverwaltung ist für uns Weg und Ziel zugleich, Methode und Utopie, Strategie und Vision.

Selbstverwaltung muss im Nahbereich eingeübt werden, um als Vision zu taugen. Jede Form der Mitbestimmung kann ein solches Einüben bedeuten. Mitbestimmung ist die wichtigste Etappe auf dem Weg zur Selbstverwaltung.

Selbstverwaltung heisst Dezentralisation von Macht. Sie ist dort möglich, wo durch Selbstorganisation die Probleme überschaubar und damit auch lösbar werden. Selbstverwaltung ist dort nicht möglich, wo gesamtgesellschaftliche Rahmenentscheidungen und Koordination im Interesse aller nötig sind.

Wohlfahrt heisst Sicherheit und Wohlstand für alle und die Nutzung des Fortschritts für die Bedürfnisse des Menschen

Materieller Wohlstand und soziale Sicherheit sind Vorbedingungen für die Wohlfahrt des Volkes.

Dank dem fortgeschrittenen Entwicklungsstand der Produktivkräfte sind Wohlstand und Wohlfahrt auch realisierbar. Wohlfahrt lässt sich aber nicht allein an wirtschaftlichen Grössen messen. Wohlfahrt muss materiell abgesichert werden, geht aber weit über das Materielle hinaus.

Die soziale Frage ist auch bei uns noch nicht gelöst. Die Chancen, zu Wohlstand, Bildung und gesellschaftlicher Anerkennung zu gelangen, sind in unserer Gesellschaft ungleich verteilt. Es gibt Bevölkerungsgruppen, die als Folge ihrer Herkunft und Geschichte sozial ausgeschlossen bleiben. Alte, behinderte und gebrechliche Menschen, solche, die in Randregionen leben, sowie auch der grösste Teil der Ausländer, haben nur beschränkt am Wohlstand teil. Für sie muss die soziale Sicherheit ausgebaut werden. Die Sozialfürsorge ist weitgehend zu ersetzen durch Renten, Zusatzleistungen und Eingliederungsmassnahmen.

Wohlfahrt heisst Recht auf einen humanen Arbeitsplatz, ebenso wie das Recht auf Bildung und Ausbildung für alle. Wir Sozialdemokraten setzen uns deshalb für die Verwirklichung der europäischen Sozialcharta in der Schweiz ein.

Wohlfahrt umfasst auch immaterielle Werte. Dazu gehört die soziale Anerkennung und soziale Teilnahme trotz unterschiedlicher Herkunft, Geschichte und kultureller Prägung. Wohlfahrt umfasst auch die Bemühungen um die gesellschaftliche Eingliederung jener, die in Konflikt mit den unerlässlichen Ordnungsvorschriften gekommen sind.

Wohlfahrt heisst aber auch Recht auf Wahl zwischen Arbeit und freier Zeit, eine freie Bestimmung des Verhältnisses zwischen Arbeitseinkommen und nicht-lohnoorientierter Tätigkeit.

Zukünftiges weiterhin unkontrolliertes Wirtschaftswachstum birgt die Gefahr in sich, dass immer mehr Menschen arbeitslos oder sozial deklassiert und an den Rand gedrängt werden. Daraus erwächst eine soziale Frage. Der wirtschaftliche Fortschritt (Produktivitätssteigerung) soll deshalb in Zukunft den Beschäftigten vor allem durch kürzere Arbeitszeiten zugute kommen. Frei verfügbare Zeit für jeden Menschen ist für Sozialdemokraten eine wichtige Forderung.

Die Wirtschaftskräfte entwickeln sich laufend weiter. Sie bescheren Wohlstand und Gefahren zugleich. Wir haben die Aufgabe, diese Entwicklung stärker zu beherrschen, sie menschenrechtlicher zu nutzen und neue Technologien mit gefährlichen Folgen der gesellschaftlichen Kontrolle zu unterstellen.

Das ist eine neue Aufgabe in der Demokratie.

Wir verstehen den Staat als Garanten sozialer Sicherheit. Er soll gesellschaftliche Reformen fördern.

Wir Sozialdemokraten streben die Mitwirkung in allen gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen an. Durch diese Teilnahme am Staat wollen wir Bürger und Lohnabhängige stärker an der gesellschaftlichen Macht beteiligen.

Der Rechtsstaat gehört zum unverzichtbaren liberalen Erbe westlicher Demokratien. Rechtsstaat heisst Begrenzung der Staatsgewalt zum Schutze der Freiheit des Bürgers in seiner Privatsphäre. Rechtsstaat bedeutet die unbehinderte Teilnahme des Bürgers an der demokratischen Willensbildung (Meinungsausserungsfreiheit, Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit usw.).

Der Ausbau der Polizeigewalt, die Schaffung von Überwachungs- und Informationssystemen, welche die Persönlichkeitsrechte des einzelnen gefährden, widersprechen dem Rechtsstaatsempfinden.

Wir Sozialdemokraten bekämpfen die Tendenz, den Begriff Rechtsstaat als Kampfparole gegen jede wirksame Kontrolle von Wirtschaftsmacht zu missbrauchen. Wir kämpfen für eine Rechtsstaatlichkeit, in der das demokratische Prinzip auch in der wirtschaftlichen Entwicklung Ziel ist und ihre Grenzen setzt.

Wir kämpfen für eine Freiheit, die sich nicht als Privileg einer Minderheit, sondern als unabdingbares Recht für alle erweist, für eine Freiheit, die den Bürger vor privater wie vor staatlich-bürokratischer Übermacht schützt.

Unser Streben gilt einer Freiheit auch vor der Beherrschung des Menschen durch neue Technologien. Der Staat muss den Bürger vor der Herrschaft mittels elektronisch gespeicherter Daten und vor elektronischer Überwachung und Beschnüfflung in Schutz nehmen.

Der Staat ist für uns eine Instanz der gesellschaftlichen Reformen. Damit Veränderungen über den Staat möglich werden, darf die Ausübung der direkten Demokratie weder erschwert noch blockiert werden.

Wir Sozialdemokraten werden auf eine Reform des Initiativrechts hinarbeiten: Das heutige Abstimmungsverfahren mit Gegenvorschlag des Bundesrates, mit dem auf Bundesebene viele Initiativen zu Fall gebracht werden, und das System des Ständemehrs müssen geändert werden. Neue Formen von Initiativen (z.B. Gesetzesinitiative) müssen eingeführt werden.

Wir streben Reformen der Volksrechte an, welche die Mitwirkung der Stimmbürger attraktiver machen und auch in wichtigen Einzel- oder Planungsentscheiden gewährleisten. Die Mitwirkung der Verbände im Staat muss durch die politische Öffentlichkeit besser kontrolliert werden. Das Zweikammersystem mit dem gleichen Einfluss von kleiner und grosser Kammer ist in westlichen Demokratien fast einmalig. Wir streben eine Reform des Ständerates an, zum Beispiel durch die Abschaffung der Gleichwertigkeit von National- und Ständerat.

Wir unterstützen eine Totalrevision der Bundesverfassung, welche die demokratischen Entscheidungsprozesse stärkt und sie insbesondere auf den Bereich der Wirtschaft ausdehnt. Eine Totalrevision, welche die bestehenden Herrschaftsverhältnisse bestätigt oder sich auf blosser Verfassungskosmetik beschränkt, lehnen wir ab.

Der Bundesstaat und die Kantone sind verpflichtet, die Rechte und die Entfaltung der sprachlichen und kulturellen Minderheiten zu gewährleisten. Kulturelle Tätigkeit der sprachlichen Minderheiten müssen vom Bund unterstützt werden. Das Prinzip der Gleichberechtigung der Sprache muss beachtet werden. Die romanische Sprache muss ebenso wie französische, italienische und die deutsche Sprache zur Amtssprache werden.

Der Staat ist für uns primär ein Garant der sozialen Sicherheit und sozialen Ausgleichs. Er muss die Umverteilung zugunsten der Schwächeren vornehmen und die uneingeschränkte Würde des Menschen auch für die sozial Schwächeren, die Älteren, die Arbeitslosen, die Randgruppen durchsetzen. Dabei soll der Staat nicht zu ihrem Vormund und Fürsorger werden, sondern soll sie materiell in die Lage versetzen, selber zu helfen und ihr Leben innerhalb der Gemeinschaft selbst zu bestimmen.

Der Staat ist für uns auch die Instanz für die gesellschaftliche Rahmenplanung im Gemeinwesen. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung soll mit Geboten, Verboten, Lenkungsabgaben und -Zuschüssen über die demokratischen Organe des Staates in Bund, Kantonen und Gemeinden verwirklicht werden. Sozialer Fortschritt ist die Verwirklichung des gesellschaftlichen Einflusses auf die wirtschaftliche Entwicklung. Politische Kontrolle mit und über den Staat ist allemal demokratischer als alleinige private Verfügungsgewalt.

Das Prinzip der Selbstverwaltung ist auch im Staate sinngemäss realisierbar: Wo der Staat zur anonymen Bürokratie aufgebläht ist, braucht es Dezentralisierung, bürgernahe Lösungen, Selbstorganisationen von Betroffenen, "Vernetzung" zwischen Helfern und Hilfsbedürftigen, wobei der soziale Staat den materiellen Ausgleich garantieren muss. Dezentralisation und Selbstverwaltung sind ein entscheidendes Mittel, den Staat wieder menschengerechter und menschenfreundlicher zu gestalten.

Für uns Sozialdemokraten ist der Staat nicht Selbstzweck. Er ist vielmehr eine Institution mit dem Zweck, Gerechtigkeit und Wohlstand aller in der Gesellschaft zu gewährleisten. Der Staat ist für den Menschen da und nicht der Mensch für den Staat.

Kein Sozialismus ohne Demokratie

Obschon der Kommunismus sowjetischer Prägung den Sozialismus sich in Anspruch nimmt, sind seine Doktrin und reale Existenz für uns Sozialdemokraten kein Vorbild. Dieser Sozialismus ist entartet. Vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus kann das sowjetische System nicht als sozialistisch bezeichnet werden.

Die Macht ist im Sowjetstaat in den Händen der Einheitspartei und ihrer Bürokratie. Pluralismus und Meinungsäußerungsfreiheit sind real nicht vorhanden.

Vom sogenannten "real existierenden Sozialismus" Osteuropas haben wir gelernt, dass die Zentralisierung von Macht Eigengesetzlichkeiten entwickelt und demokratiefeindlich wird. Zuviel Macht für den Staat führt zur arroganten und anonymen Bürokratie, wenn die Entscheidungsgewalt Staat nicht demokratisch und dezentral geregelt ist. Die Tendenz zum totalitären Anspruch des Staates ist überall dort vorhanden, wo nicht Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und Dezentralisierung die Demokratie prägen. Die Sozialdemokratische Partei nimmt Abstand von kommunistischen Parteien, die weder die parlamentarisch-pluralistische Demokratie noch die grundlegenden Menschenrechte anerkennen.

Anders verhält es sich bei jenen kommunistischen Parteien, die sich zur parlamentarisch-pluralistischen Demokratie und zu den Bürgerrechten und Bürgerfreiheiten bekennen. Wenn sich ihre Abkehr vom sowjetischen Kommunismus und Leninismus in der Praxis als glaubwürdig erweist besteht die Chance, dass die historische Spaltung der Arbeiterbewegung überwunden werden kann.

Die technische und wirtschaftliche Entwicklung muss an der Ökologie orientiert sein

Die schonungslose Ausbeutung der natürlichen Umwelt und der Rohstoffe zerstört die Lebensgrundlage aller Menschen und ist eine weitere neu erkannte Form der Ausbeutung des Menschen. So, wie wir jede Ausbeutung bekämpfen, widersetzen wir uns auch dieser.

Die Folgen des Wirtschaftswachstums auf die Natur und die Gesundheit der Menschen sind bekannt. Diese Kenntnis verlangt zwingend, dass wir die Eigengesetzlichkeit des Wachstums - sei sie privatkapitalistisch oder staatlich verwaltet - kontrollieren müssen.

Die Ökologie beinhaltet nicht Industriefeindlichkeit, sie steht nicht unbedingt im Gegensatz zur modernen Technologie. Die Industrie wird sich den ökologischen Erfordernissen anpassen müssen - auch in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze und des Arbeitsschutzes.

Für diese Umorientierung kämpfen wir Sozialdemokraten im Interesse der Sicherheit für Mensch und Umwelt und für die Generationen nach uns. Wir wollen Ökologie und technischen Fortschritt verbinden.

Eine ökologische Ökonomie setzt auch ein neues Verhältnis zu Konsum und Lebensstil voraus. Es erfordert eine Umstellung des Verhältnisses von Arbeit und freier Zeit.

Schrankenlose Wirtschafts- und Wettbewerbsfreiheit fördert die Jagd nach Einzelvorteilen. Sie zerstört die Umwelt oder reserviert sie über hohe Preise für wenig Privilegierte. Die Ausrichtung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit auf die Verantwortung für das Überleben und den Lebensraum aller Geschöpfe hat nur in einer gemeinwirtschaftlich organisierten und solidarischen Gesellschaft Chancen.

Wir können unsere Ziele nur durchsetzen, wenn wir die Mitarbeit innerhalb des Staates und die politische Arbeit ausserhalb der staatlichen Institutionen gleich wichtig nehmen

Unser Kampf muss getragen werden vom Bewusstsein und vom Willen aller. Das politische Bewusstsein bildet sich vor allem dort, wo wir zusammen arbeiten, zusammen wohnen, zusammen leben, im Betrieb, im Quartier, in der Gemeinde. Diese Orte der Begegnung sind für unsere Bewusstseinsbildung ebenso wichtig wie die Arbeit in Parlamenten und staatlichen Institutionen. Staatliche Aktivitäten allein schaffen noch kein politisches Bewusstsein. Wir müssen innerhalb und ausserhalb der staatlichen Institutionen mit der gleichen Intensität aktiv werden.

Im staatlichen Bereich beteiligen wir uns vor allem in Kommissionen, Parlamenten und Exekutiven und durch Ausübung der Volksrechte, mit Initiativen und Referenden. Ohne dass wir einfach ein Wahlverein werden wollen, ringen wir um Mehrheiten bei Abstimmungen und Wahlen.

Die direkte Demokratie (Initiativen, Referenden) kann mithelfen, Folgeerscheinungen des kapitalistischen Systems bewusst zu machen und für ihre Beseitigung über die Parteigrenzen hinweg Mehrheiten zu gewinnen.

Ebenso grosses Gewicht legen wir auf ausserstaatliche Aktivitäten.

Auf die Arbeit in und mit den Gewerkschaften, kulturellen Organisationen, Genossenschaften, Bürgerinitiativen, Selbstverwaltungsbetrieben, lokalen Gruppen und privaten Vereinigungen, die von ihrer Betroffenheit her an einem konkreten Thema arbeiten.

Wir arbeiten auch im Bildungsbereich und in den kulturellen Organisationen, die uns nahestehen, an der politischen Bewusstseinsbildung.

Wir sind eine Partei für die Gesellschaft und nicht Staatspartei. Deshalb müssen wir die Arbeit innerhalb der Partei und in den kulturellen Organisationen, in Bürgerinitiativen und bei ausserparlamentarischen Aktivitäten massiv verstärken.

Wir melden unseren Anspruch auf mehr Beteiligung im Staat an

Wir Sozialdemokraten ringen um Beteiligung und um Mehrheiten im Staat, und zwar sowohl in Parlamenten wie auch in Exekutive, und um Einfluss in den Verwaltungen. Wir bedienen uns der Volksrechte, der Initiativen und Referenden, um unsere Anliegen durchzusetzen.

Obwohl die Parlamente heute nicht allein der Ort sind, an dem die wichtigen Entscheide getroffen werden, kämpfen wir darum, hier die Mehrheit zu erringen, um wirksame Arbeit in unserem Sinne zu leisten. Der parlamentarische Kampf erlaubt es, Reformen einzuleiten, die der arbeitenden Bevölkerung bessere Lebensbedingungen und Sicherheit bringen können. Eine wichtige Funktion des Parlaments ist die Kontrolle von Regierung und Verwaltung. In den Parlamenten lassen wir unsere Stimme hören.

Der blosse parlamentarische Kampf birgt die Gefahr in sich, die Partei auf eine stimmenproduzierende Maschine zu reduzieren. Selbst die Eroberung einer parlamentarischen Mehrheit ist noch keine Garantie für die Durchsetzung unserer Ziele, wenn sie nicht abgestützt und ergänzt wird, durch Bewegungen, welche die Reform der ganzen Gesellschaft in Gang bringen.

In der Schweiz beteiligen wir uns heute an der Regierung. In Gemeinden und Kantonen beteiligen wir uns, wo das allgemeine Proporz-Wahlrecht gilt; wo es nicht gilt, setzen wir uns für den Proporz in der Exekutive ein. Regierungsbeteiligung ist selber nicht Ziel und Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Durchsetzung unserer Ziele. Sie ermöglicht uns die Einflussnahme auf die staatliche Verwaltung und erweist sich als bedeutende Informationsquelle. Sie ist auch Mittel zur Veränderung des Staates und zum Abbau der Entfremdung zwischen Bürger und Staat.

Die Beteiligung an der Regierung wird für uns dann fragwürdig, wenn das Kollegialitätsprinzip allzu starre Formen hat und der politischen Bewegungsfreiheit des einzelnen Mitgliedes keinen Spielraum lässt. Der Preis der Regierungsbeteiligung wird für uns dann zu hoch, wenn die Partei in ihrer Handlungsfreiheit so eingeschränkt wird, dass es nur noch zur Absegnung bürgerlicher Regierungspolitik kommt. Ist unsere Partei als Minderheit in einer Regierung beteiligt, so muss sie sich die Freiheit nehmen, auch als Opposition zu wirken. Deshalb bemühen wir uns um eine Aufstellung von Verhaltensregeln im Rahmen unserer politischen Ethik

Unsere Mandatsträger in den Behörden haben Pflichten und Rechte gegenüber der Partei

Das Verhältnis zwischen der Partei und ihren Mandatsträgern in Parlamenten, Regierungen und anderen Behörden ist entscheidend für unsere Stosskraft. Wo dieses Verhältnis gestört ist verlieren beide:

Die Mandatsträger verlieren ihren Rückhalt und sind zur Anlehnung an den politischen Gegner gezwungen; die Partei verliert ihre Glaubwürdigkeit und Durchsetzungskraft.

Ein Behördemitglied, das von der Sozialdemokratie in ein Amt delegiert oder für eine Wahl aufgestellt und gewählt worden ist, muss folgende Verhaltensregeln beachten:

1. Seine Arbeit muss von sozialdemokratischem Gedankengut geprägt sein. Sind Kompromisse unausweichlich, weil sich die Sozialdemokraten in der Minderheit befinden, muss der sozialdemokratische Standpunkt deutlich klargestellt werden.
2. Um seinen politischen Standpunkt immer wieder zu überprüfen, muss das Behördemitglied in engem Kontakt mit der Partei bleiben. Es hat sich der Partei und ihren Wählern zu stellen und sich ihr als Mitarbeiter, Berater, Referent zur Verfügung zu halten. Es hat an den innerparteilichen Bildungsveranstaltungen teilzunehmen.
3. Ein Mandat in einer Behörde darf nie Selbstzweck werden. Ein Behördemitglied muss bereits bei seiner Wahl wissen, dass seine Partei auch das Recht haben muss, in der nächsten Periode diesen Wahlvorschlag nicht mehr zu wiederholen.
4. Ein Regierungsmitglied sollte wegen seiner bedeutenden öffentlichen Stellung in der Partei eine Integrationsfunktion ausüben und bei innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten vermittelnd wirken.
5. Ein sozialdemokratisches Behördemitglied soll die Beschlüsse seiner Partei vertreten. Wo es davon abweicht, soll es seinen abweichenden Standpunkt gegenüber der Partei und den Wählern begründen.
6. Ein sozialdemokratisches Behördemitglied soll seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Partei ordnungsgemäss und vorbildlich erfüllen. Im Gegensatz zu anderen Parteien, die Politik als Fortsetzung des Geschäfts mit anderen Mitteln verstehen, finanziert unsere Partei Kampf und Arbeit vorwiegend mit Beiträgen von Mitgliedern und Mandatären.
7. Ein sozialdemokratisches Behördemitglied muss wissen, dass es für die Abhängigen einzustehen hat und sich nicht durch sein politisches Mandat persönlich bereichern darf. Wer sein Mandat für persönliche Geschäft missbraucht, gehört nicht in die sozialdemokratische Partei.

Auch die Partei muss sich an die Grundsätze unserer politischen Kultur halten:

1. Sie muss Verständnis aufbringen für die Mechanismen und die Kompromisserfordernisse in unserem politischen System.
2. Sie muss wissen, dass sie durch übertriebene und verletzende Kritik und durch den Entzug ihrer Unterstützung die Mandatsträger in die Abhängigkeit der Bürgerlichen treibt. Sie muss den Behördemitgliedern jederzeit Gelegenheit verschaffen, ihren Standpunkt vor der Parteiöffentlichkeit zu vertreten.
3. Sie muss damit rechnen, dass unsere Behördenvertreter in Sachgeschäften einen Informationsvorsprung haben und oft Stellung nehmen müssen, lange bevor sich die Partei oder die Öffentlichkeit darüber eine Meinung gebildet haben.

Für die Durchsetzung unserer Ziele brauchen wir das Bündnis mit den traditionellen Partnern ebenso wie die Zusammenarbeit mit neuen Gruppierungen aktiver Bürger

Die traditionellen Bündnispartner der sozialdemokratischen Partei der Schweiz sind die Gewerkschaften und die Arbeiterkultur- und Sportorganisationen.

Wo immer es möglich ist, arbeiten wir mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und seinen Mitgliedverbänden zusammen. Wir suchen auf allen Ebenen, lokal, kantonal und national, das Gespräch und das Aktionsbündnis. Wir bemühen uns, auch Vertreter der Gewerkschaftsbewegung durch unsere Wahllisten in die Behörde zu bringen.

Wir nehmen die Tatsache zur Kenntnis, dass lange nicht alle Gewerkschaftsmitglieder Sozialdemokraten sind, und dass die Gewerkschaften politisch und weltanschaulich unabhängig sein wollen. Wir anerkennen das Selbstverständnis der Gewerkschaften, nachdem sie nicht selber als Partei auftreten und eigene Wahllisten aufstellen. Wir bemühen uns darum, dass die Gewerkschaften nicht einem politischen Neutralismus verfallen, der in unserer Gesellschaft die Anliegen der Arbeiterbewegung schwächen würde. Aus diesem Grund ist die Mitarbeit der Parteimitglieder in den Gewerkschaften sehr erwünscht.

Wo die Verbindungen zu den traditionellen Bündnispartnern nicht Schaden leiden, suchen wir Verbindungen zu anderen Arbeitnehmerorganisationen sowie zu allen anderen Organisationen der demokratischen Linken.

Mit den Arbeiterkultur- und Sportorganisationen pflegen wir ein enges Verhältnis und setzen uns in den Behörden für deren Anliegen und Bedürfnisse ein. Von ihnen erwarten wir, dass sie ihre traditionelle Rolle als Vorfeldorganisationen der Arbeiterbewegung wahrnehmen.

Wir wissen, dass eine politische Aktivierung auch in den Gruppierungen ausserhalb der Parteien und Gewerkschaften vor sich geht. Viele Bürger sind vor allem dort politisch aktiv, wo ihre Bedürfnisse und Anliegen direkt tangiert sind und sich in direkter Aktion in ihrem Sinne verwirklichen lassen. Dies geschieht vor allem in Bürgerinitiativen, Alternativ-, Umweltschutz-, Frauen-, Drittwelt- und Friedensbewegungen, in Konsument und Mieterorganisationen oder Wohnbau- und anderen Genossenschaften.

Diese neuen Gruppierungen sind vielfältig und weltanschaulich und schwer auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Aber sie haben politische Stosskraft und vermögen politisches Bewusstsein zu wecken.

Die Sozialdemokratische Partei will sich diesen Gruppierungen öffnen mit ihnen in Einzelfragen punktuell Bündnisse eingehen. Wir wissen, dass das Wertsystem dieser Gruppierungen oft andere Schwerpunkte aufweisen als das der traditionellen Arbeiterbewegung. Aber wir wissen auch, dass eine Verbindung nötig und möglich ist. Denn alle, die traditionelle Arbeiterbewegung und viele der neuen Gruppierungen, haben sich ungeachtet ihrer Herkunft und politischen Aktivierung, mit den gleichen Zwängen ein und derselben Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Wir wissen, dass diese Öffnung auch für die breitere Unterstützung und die Durchsetzung unserer eigenen Ziele unerlässlich ist. Wir gehen davon aus, dass Aktionsbündnisse nicht die Einverleibung dieser neuen Gruppierungen erlauben. Vielmehr ist es nötig, in themenorientierten Arbeitsgemeinschaften mit ihnen zusammenzuarbeiten und ausserhalb der Partei gemeinsam für spezifische Anliegen einzutreten.

Eine starke Partei muss in ihrer Basis fest verankert sein

Selbstverwaltung, die wir als Verwirklichung der Demokratie verstehen, erfordert die Anwendung basisdemokratischer Arbeitsformen auch in der eigenen Partei.

Wir wissen, dass unsere Partei immer auch zwei Gefahren ausgesetzt ist:

- ☐ der Gefahr des demokratischen Zentralismus, der zur Allgewalt einer Parteibükratie werden kann.
- ☐ der Gefahr einer Delegationsdemokratie, die alle Aufgaben und Verantwortungen auf ein paar lokale, kantonale und nationale Repräsentanten schiebt.

Die Partei als einheitlicher Block mit festen, weltanschaulichen und organisatorischen Grenzen gibt es nicht mehr. Wir verstehen unsere Partei auch als Forum, wo um die Grundfragen unserer Zeit gerungen wird. Sie ist eine solidarische Verbindung aktiver Bürger, vereint im Bekenntnis zu den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus. Sie ist eine offene Organisation, bei der die Zugehörigkeit als Mitglied oder Nahestehender nicht mit einem dogmatischen oder sturen Bekenntnis verbunden wird. Um die Zersplitterung der Partei zu verhindern, darf sich in der Partei keine Meinungsgruppe als gesonderte Fraktion organisieren.

Diese Offenheit erfordert gegenseitige Toleranz. Sie erfordert grosse Anstrengungen bei der internen Verständigung. Die Konfliktaustragung soll nicht dazu führen, dass die eine Meinungsgruppe einen Sieg über die andere erringt, sondern dass beide gegenseitig ihre Motive und Werte verstehen, um sich auch gegenseitig zu unterstützen. Wir bemühen uns, unsere Konfliktfähigkeit zu stärken.

Ein wichtiges Instrument der internen Verständigung ist die parteiinterne Bildung. Es ist unerlässlich, dass wir auf allen Ebenen einen Teil unserer Kapazitäten und Finanzmittel für die innerparteiliche Bildungsarbeit einsetzen.

Ebenso wichtig ist es, dass wir in der Partei die politische Arbeit mit gesellschaftlichem Zusammensein verbinden. Die Pflege der persönlichen Beziehungen, ein Stück gemeinsame Lebenslust, gemeinsames Verbringen der Freizeit, ein wenig Geborgenheit und gegenseitiges Vertrauen sind unerlässliche Voraussetzungen, damit wir auf die Dauer politisch in der Partei aktiv bleiben können.

Für die Existenz der Sozialdemokraten ist die Pflege einer politischen Kultur entscheidend.

Einzelbereiche der Politik

Mit einem Grundsatzprogramm macht man noch keine Politik.

Ziele und Vorstellungen müssen in die politische Praxis umgesetzt werden.

Sozialdemokratische Politik pflegt die Praxis der verschiedenen Wege.

Sozialdemokratische Praxis ist nicht dogmatisch fixiert.

Politische Praxis muss immer wieder neu definiert werden.

Die folgenden 22 Einzelbereiche sind Wegleitung und Anregung dazu.

Dieser Teil des Parteiprogramms kann in Zukunft von jedem ordentlichen Parteitag der SP Schweiz einzeln oder in mehreren Einzelbereichen revidiert und den aktuellen politischen Verhältnissen angepasst werden. Anträge hierzu können nach dem ordentlichen Verfahren für Parteitagsgeschäfte erarbeitet und eingereicht werden.

Wir arbeiten um zu leben; wir leben nicht um zu arbeiten

Die eigene Arbeitskraft ist für die meisten das einzige Vermögen. Nur Arbeit schafft Werte. Ohne Arbeit entsteht kein Kapital; und ohne sie nützt das Kapital nichts.

Eingegliedert ins Industriesystem schafft unsere Arbeit Werte, über die wir nicht selbst verfügen. Wir arbeiten auch nicht am gleichen Stück oder Werk von Anfang bis Ende. Arbeitsteilung ist die Grundlage der Industrie und Dienstleistungsgesellschaft.

Arbeit bietet Entfaltungsmöglichkeiten, aber Arbeit ist nicht Selbstzweck. Wir arbeiten um zu leben; wir leben nicht nur, um zu arbeiten. Arbeit soll sinnvoll sein. Sie soll Selbstverwirklichung ermöglichen. Wer Arbeit anbietet, hat die soziale Verpflichtung, interessante Arbeit anzubieten.

Die riesigen Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte haben erstmals die Möglichkeit geschaffen, dass viele in diesem Land im Wohlstand leben. Seit dem Generalstreik von 1918 ist die Produktion materieller Güter um ein Mehrfaches gestiegen, während die Arbeitszeit nur minimal verringert worden ist. Nun muss der wirtschaftliche Fortschritt vermehrt durch kürzere Arbeitszeiten an die Lohnabhängigen weitergegeben werden.

Man muss damit rechnen, dass ein mögliches Wachstum insgesamt nicht mehr Arbeitsplätze schafft. Mit Wachstum allein kann die Vollbeschäftigung nicht gesichert werden. Die vorhandene Arbeit muss auf mehr Menschen verteilt werden, sonst wird, wie in vielen Ländern, die Absplittierung arbeitsloser Bevölkerungsgruppen zu einer neuen und kostenintensiven sozialen Frage werden. Der Fortschritt durch Automatisierung muss allen zugute kommen.

Kürzere Wochenarbeitszeiten, mehr Ferien, mehr Pausen, flexibles Rentenalter, längere Berufsausbildung und Weiterbildung sollen die Lebensarbeitszeit verringern. Teilzeitarbeit, Stellegemeinschaft (zwei Personen teilen sich z. B. in eine Arbeitsstelle) und neue Formen der flexiblen Arbeitszeit- und Einkommensgestaltung bieten vielfältige Möglichkeiten, dass jeder sein Verhältnis von Arbeit und Einkommen nach seinen eigenen Wünschen und Bedürfnissen gestalten kann.

Recht auf Arbeit und Recht auf teilzeitliches Arbeiten sind gleich wichtig.

Arbeitszeitpolitik ist für uns eines der wichtigsten Mittel, die zukünftigen Früchte des Wachstums und des technologischen Fortschritts in den Dienst des Menschen zu stellen.

Im Arbeitsbereich sehen wir folgende Teilziele: Die Arbeitswelt ist den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen anzupassen und nicht umgekehrt. Der Arbeitende als Schöpfer der Ware muss informiert sein. Er muss seine Tätigkeit möglichst als sinnvoll erfahren. Deshalb verlangen wir die Humanisierung der Arbeit, die Mitbestimmung im Betrieb und die Selbstverwaltung in überschaubaren Betriebsbereichen. Schutz vor Kündigung und anderen Sanktionen, Schutz vor gesundheitsschädigenden Technologien sind Vorbedingungen für eine humane Arbeitswelt.

Auch im Rahmen der freien Zeit gibt es neue Ziele zu verwirklichen:

FreieZeit ist nicht nur Freizeit im Sinne des Müssiggangs und der Erholung von der Arbeitszeit. Freie Zeit kann zur Erzeugung für den Eigenbedarf, für neue Entfaltung und schöpferisches Arbeiten benützt werden. Freie Zeit muss den Freiraum bieten für neue Lebensformen, für soziale, gesellschaftliche und politische Tätigkeiten und für eine neue Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau.

Wir wollen eine Entwicklung der Volkswirtschaft in Richtung Allgemeininteresse durch Markt und Rahmenpläne garantieren

Es genügt nicht, die Wirtschaft nur auf Unternehmensstufe neu zu gestalten. Wir müssen sie auch in ihrer Gesamtheit bestimmen.

Das Recht des Arbeitnehmers kommt vor der Handels- und Gewerbefreiheit.

Die Güterzuteilung folgt den Marktmechanismen. Dies ist nur möglich, wenn ein echter Wettbewerb zwischen den Wirtschaftseinheiten garantiert ist.

Der Wettbewerb ist durch die Machtballung und Verflechtung von Konzernen und Kartellen bedroht und teilweise beeinträchtigt. Die Machtkonzentration in der Wirtschaft hat zur Folge, dass einige wenige Grossfirmen und Finanzimperien Hunderte von Firmen kapitalmässig beherrschen.

Wir streben deshalb eine Verbesserung des Wettbewerbs an. Ein wirksames Kartellgesetz und ein straffes Unternehmungsrecht müssen Machtballungen verhindern und Transparenz schaffen.

Aber selbst dort, wo der Marktmechanismus noch spielt, zeigt er grundlegende Mängel: Es wird nur für Bedürfnisse produziert, für welche auch Kaufkraft da ist. Wo aber Kaufkraft ist, werden alle menschlichen Bedürfnisse zur Ware gemacht und vermarktet.

Der Markt ist nicht in der Lage, auf knappe Umweltgüter - Luft, Wasser, Ruhe, gesunde Nahrung, Ressourcen - Rücksicht zu nehmen.

Wir streben daher für die Wirtschaftsentwicklung einen Rahmen an, der von der Öffentlichkeit im Allgemeininteresse bestimmt wird. Wir verstehen darunter eine Rahmenplanung für

- ☐ Vollbeschäftigung und den Ausgleich der Konjunkturschwankungen
- ☐ neue Wirtschaftsstrukturen, die den Wandel der Technik und der aussenwirtschaftlichen Zwänge berücksichtigen
- ☐ die Geld- und Zinsentwicklung
- ☐ den Schutz der Umwelt
- ☐ den Ausgleich zwischen den Regionen.

Wir Sozialdemokraten verteidigen die in hartem Ringen realisierten Ansätze dazu in der Konjunkturpolitik, Finanzpolitik, Raumplanung, Energie- und Verkehrspolitik, im Nationalbank- und Bankengesetz. Wichtig ist für uns, dass die zukünftige Wirtschaftsentwicklung in den Dienst des Menschen gestellt wird.

Humane Ziele und nicht der Profit müssen die wirtschaftliche Entwicklung lenken. Dafür braucht es neue Lenkungsinstrumente, die der wirtschaftlichen Entwicklung Ziel geben und Grenzen setzen:

- Gebote, Verbote, Grenzwerte und gezielte Förderungen sollen unerwünschte oder gefährliche Produktionen verhindern. Im Bereich der industriellen Produktion mit Immissionen und bei der Ausbeutung der Umwelt sind solche Massnahmen vordringlich, um die technische Entwicklung und die Produktionsformen so zu lenken, dass sie Mensch und Natur nicht mehr bedrohen.

Öffentliche Lenkungsabgaben und -Zuschüsse sollen die Investitionen in bestimmte Bahnen lenken, z. B. im Energiesektor, bei der Verwendung der natürlichen Ressourcen und beim Materialverbrauch.

Die Banken und Finanzgesellschaften haben bei der wirtschaftlichen Entwicklung eine besondere Bedeutung. Dauernde Beherrschung von Produktionsbetrieben durch Banken und Finanzgesellschaften soll ausgeschlossen werden. Der Missbrauch des Bankgeheimnisses für die Steuerhinterziehung und für die internationale Kapitalflucht ist zu unterbinden. Es sollen Vorschriften aufgestellt werden für die Kreditzuteilung zugunsten von finanzschwachen Regionen oder Branchen und zugunsten einer sinnvollen Verwendung, z. B. im Wohnungsbau oder für Aufgaben der öffentlichen Hand. Die Risiken in der internationalen Kapitalverflechtung sollen beschränkt werden.

Der Markt und die Rahmenplanung sind für uns nicht Selbstzweck. Im Gegensatz zur liberalen und zur kommunistischen Wirtschaftsphilosophie erheben wir sie nicht zum weltanschaulichen Dogma. Beide dienen als Mittel zur Koordination der Unternehmungstätigkeit im Interesse der Allgemeinheit. Sie dienen dazu, dass das Mehr an Produktion tatsächlich auch zu einem Mehr an Nutzen und Lebensqualität für alle führt.

Wir fordern Mitbestimmung, Kapitalbeteiligung und Selbstverwaltung als Wege zur Demokratisierung der Wirtschaft

Weil die Arbeitenden die Werte schaffen, muss die Wirtschaft ihnen auch gehören.

Wer den Wertschöpfungsprozess beherrscht, beherrscht die Existenz der Arbeitenden, beherrscht den Staat, kann Gesetze erzwingen, beherrscht die Medien, lenkt Erziehung, Kultur und Kunst. Deshalb geht es in unserem Kampf um die Macht in der ganzen Gesellschaft. Diese Macht kann nicht den Eigentümern des Kapitals überlassen werden. Ihr Einfluss muss eingeschränkt werden, indem den Arbeitern überall dort Mitbestimmung zugesichert wird, wo das Geschick des Unternehmen und auch ihr eigenes betroffen ist. Demokratie und Selbstverwaltung in der Wirtschaft können wir auf mehreren Wegen anstreben. Es gibt für uns kein einheitliches Dogma.

a) Mitbestimmung

Wir wollen mitbestimmen und nicht Befehlsempfänger bleiben. Die Mitbestimmung ist die Forderung nach dem Recht, auf jeder Ebene mitzuentcheiden, am Arbeitsplatz, in Betriebsangelegenheiten und bei den grossen Unternehmensentscheiden.

Wir Sozialdemokraten fordern eine Arbeitsgesetzgebung, die den Arbeitnehmern die Mitbestimmung bei wirtschaftlich relevanten Entscheidungen, die Entlassungen nach sich ziehen können, garantiert, die aber auch das Eingreifen der Behörden in die Wirtschaft ermöglicht, wenn die Arbeitsplätze in Gefahr sind. Wir wollen ein gesetzlich verankertes Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer vor allem bei allen Unternehmerentscheiden, die die Arbeitsplätze und die Gesundheit der Arbeitnehmer in Frage stellen. Eine neutrale Instanz soll darüber befinden, ob vorgesehene Massnahmen gerechtfertigt sind. Entlassungen oder Zurücksetzungen wegen politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit im Unternehmen müssen verboten werden.

Das Gesellschaftsrecht muss entsprechend geändert werden. Das demokratische Recht der Entscheidung aller im Unternehmen muss die Herrschaft des Kapitals durch die Selbstbestimmung der Beschäftigten ersetzen.

Für jede Unternehmensgrösse müssen konkrete Formen wirtschaftlicher Demokratie entwickelt werden. In grossen und komplexen Unternehmen braucht es eine interne Dezentralisierung in überschaubare Arbeitsbereiche. Denn nur in begrenzten, sich selbst steuernden Arbeitsgruppen ist die Selbstorganisation durch die Beschäftigten möglich.

b) Kapital- und Ertragsbeteiligung

Eigentum am selbstbewirtschafteten Betrieb, zum Beispiel in Gewerbe und Landwirtschaft, selbstbewohntes Eigentum und Eigentum von Gegenständen, die der Lebensentfaltung im persönlichen Bereich dienen, sind zu schützen.

Kapitalerträge müssen jenen zukommen, die sie schaffen. Neuerschaffenes Kapital soll jährlich einem Fonds der Belegschaft zugewiesen werden. So kommen die Früchte der Arbeit nicht aussenstehenden Aktionären zu. Dabei verlassen diese neuen Reserven oder das neue Beteiligungskapital das Unternehmen nicht, sie werden neutralisiert. Massgeblich für die demokratische Beteiligung durch die Beschäftigten muss aber in jedem Fall das Prinzip der Mitbestimmung der Arbeitenden und nicht ihr Anteil am Unternehmenskapital bleiben.

c) Selbstverwaltete und genossenschaftliche Betriebe

Wir setzen uns für selbstverwaltete und genossenschaftliche Betriebe ein. Am einfachsten erreichen wir Selbstverwaltung durch die Neugründung von Betrieben. Es ist aber auch erstrebenswert, bestehende Unternehmen schrittweise in selbstverwaltete Organisationsformen zu überführen. Auch Genossenschaften und gemeinwirtschaftliche Unternehmen bieten Ansätze zur Einführung von Selbstorganisationen. Auf diesen drei Wegen - über demokratische Entscheidungsfindung und Mitbestimmung, über Kapital- und Ertragsbeteiligung und über selbstverwaltete und genossenschaftliche Unternehmensformen - ebnen wir das oben und unten der heute undemokratisch strukturierten Wirtschaft ein.

Alle drei Formen (a-c) sind konkrete Schritte, die alleinige private Verfügungsgewalt an den Produktionsmitteln der gesellschaftlichen Kontrolle zu unterstellen. Dabei darf man die Kontrolle durch die Öffentlichkeit und durch Rahmenpläne nicht vergessen.

Bei grossen Konzernen und Grossbanken muss die Kontrolle durch die Öffentlichkeit weiter reichen als bei kleinen. Je grösser und mächtiger eine Unternehmung, desto stärker sind Rahmenbedingungen und Lenkungen durch die Öffentlichkeit notwendig und gerechtfertigt.

Mit der Finanzpolitik der öffentlichen Hand wollen wir unsere gesellschaftlichen Ziele effizient und erfolgreich ansteuern und den sozialen und regionalen Ausgleich verwirklichen

Da die öffentlichen Haushalte viele Voraussetzungs- und Folgekosten der wirtschaftlichen Produktion übernehmen müssen, hat sich die Staatstätigkeit im Laufe der Zeit erweitert. Der liberale Nachwächterstaat ist zum sozialen Leistungsstaat geworden. Im Zeichen der Finanzknappheit versuchen bürgerliche Kreise, die Staatstätigkeit einzuschränken, was letztlich Sozialabbau bedeutet.

Wir sind für einen sparsamen Umgang mit Steuergeldern. Doch der Staat muss über ausreichende Finanzmittel verfügen, wenn er die gesellschaftlich wichtigen und auf demokratischem Weg festgelegten politischen Aufgaben erfüllen soll. Er darf nicht finanziell ruiniert werden.

Wir streben mittelfristig einen Ausgleich der staatlichen Einnahmen und Ausgaben an. Falls konjunkturpolitisch nötig, soll der Staat sich auch verschulden können, um die Vollbeschäftigung zu erhalten. Durch Steuerpolitik sind nicht nur die notwendigen Einnahmen sicherzustellen; sie muss auch auf den Abbau der Einkommens- und Vermögensunterschiede ausgerichtet sein. Im Sinne einer gerechten Verteilung der Steuerlasten nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit fordern wir Steuerbefreiung für Einkommen unter dem Existenzminimum, starke Progression für hohe Einkommen und Vermögen, eine Kapitalgewinnsteuer und eine massive Erbschafts- und Schenkungssteuer für grosse Beträge. Die getrennte Besteuerung von Mann und Frau muss verwirklicht werden. Wirksame Vorkehren gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung (Auskunftspflicht der Banken) sollen für die gerechte Belastung aller Steuerpflichtigen sorgen. Die Steuern sollen in der ganzen Schweiz weitgehend harmonisiert werden. Durch starken Finanzausgleich muss das regionale Ungleichgewicht abgebaut werden.

Auch indirekte Steuern sind nötig, um den Finanzbedarf eines modernen Sozialstaats zu befriedigen. Wir fordern allerdings eine weitgehende Befreiung des Grundbedarfs und eine höhere Belastung des Luxusverbrauchs. Indirekte Steuern sollen zur Erreichung ökologischer Ziele beitragen, indem nach dem Verursacherprinzip der umweltbelastende Verbrauch steuerlich stärker herangezogen wird als der umweltschonende.

Leistungen und Subventionen müssen nach sozial-, wirtschafts- und regionalpolitischen Grundsätzen getätigt werden; sie sollen Ungleichgewichte abbauen helfen und Anreiz bilden für gesellschaftlich wünschbare Entwicklungen.

Langfristig geht es darum, zu verhindern, dass immer neue Folgekosten der wirtschaftlichen Entwicklung dem Staat angelastet werden. Die Sozialisierung dieser Kosten ist neben dem zunehmenden Individualismus bisher die Hauptursache für die wachsenden finanziellen Schwierigkeiten von Bund, Kantonen, Gemeinden und Sozialversicherungen. Die sozialen Kosten müssen bereits bei ihrer Entstehung möglichst vermieden oder - soweit sozialpolitisch vertretbar - den Verursachern angelastet werden.

(21) Finanzpolitik

Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass der Staat vordringlich in den Einzelbereichen der Wirtschaftspolitik so aktiv wird, dass er möglichst wenig hinterher mit Geldleistungen korrigieren muss.

Wir wollen eine Sozialpolitik, die allen Menschen ein freies Leben in Selbstverantwortung, in materieller und sozialer Sicherheit ermöglicht

Die soziale Lage der Lohnabhängigen beruht weitgehend auf dem Arbeitsverhältnis und der sozialen Sicherheit. Durch die Schaffung von Sozialversicherungen wurden die arbeitenden Menschen nicht nur von materieller Not, sondern auch von entwürdigender Abhängigkeit, von Armenunterstützungen befreit. Der Versicherte hat einen Rechtsanspruch auf ein bestimmtes Ersatzeinkommen, wenn seine Arbeitskraft wegen Alters nachlässt, wegen Unfall, Krankheit und Invalidität ausfällt oder wegen Beschäftigungsmangel nicht gefragt ist.

Die Sozialversicherungen sollen bei der Finanzierung und der Deckung der erfassten Risiken der Idee der Umverteilung von Einkommen, der Solidarität und ganz allgemein der Hebung der Würde und Freiheit des Menschen dienen.

Das Netz der Sozialversicherungen weist zahlreiche Lücken auf, z.B. die Mutterschaftsversicherung und die Zahnpflegeversicherung. Auch die Krankenversicherung weist bedenkliche Mängel auf. Ausserdem überschneiden sich die bestehenden Sozialversicherungen in ihren Beiträgen und Leistungen. Es muss eine Koordination, ein zusammenhängendes System aller Zweige der Sozialversicherungen angestrebt werden, das ohne Rücksicht auf die Ursache der Einkommensausfälle einheitliche Leistungen gewährt. Damit würde auch für die Versicherten eine wesentliche Vereinfachung erreicht.

Die Sozialversicherungen dürfen sich nicht darauf beschränken, die Menschen vor Not zu schützen. Vielmehr haben sie die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise zu gewährleisten.

Arbeitnehmer mit reduzierter Beschäftigung und Teilzeitbeschäftigte dürfen in der Sozialversicherung nicht benachteiligt werden.

Moderne Sozialpolitik geht über Arbeitsrecht und Sozialversicherung hinaus. Sie umfasst Sozialrechte und vielfältige soziale Dienstleistungen und Massnahmen. Durch die Verankerung von Sozialrechten in der Verfassung sollen die Schäden der bestehenden Wirtschaftsordnung vermieden werden. Der Staat ist zu einer umfassenden, vorausschauenden Sozialpolitik verpflichtet.

Dazu gehören das Recht auf Arbeit, das Recht auf Wohnung und Lebensbedarf allgemein, der Schutz von Familie und jeder anderen Gemeinschaft von Individuen, das Recht auf Bildung.

Bei der Sozialpolitik geht es um mehr als nur um Geld. Es geht um die Verbesserung der Lebensqualität und der menschlichen Beziehungen. Die Eingliederung von Behinderten, die Umschulung von Arbeitslosen, haben eine grössere Bedeutung als blosse Rentenzahlungen. Die Humanisierung der Arbeit und der Schutz gegen Kündigungen gehören darum ebenso zur Sozialpolitik.

Für den Vollzug der Sozialversicherungen bedarf es dezentralisierter Strukturen wie Kantone, Gemeinden und andere Institutionen unter Einbezug der Betroffenen und deren Selbsthilfebewegungen. Andernfalls läuft der Sozialstaat Gefahr, zum anonymen Sozialapparat zu werden. Die einheitlichen gesetzlichen Bestimmungen sollen auch durch kantonale und kommunale Sozialmassnahmen sowie solcher gemeinnütziger Gesellschaften ergänzt werden. Nur lokale und regionale Stellen können die individuellen Bedürfnisse abklären und die Betroffenen betreuen.

Die soziale Betreuung soll nicht bevormunden, sondern die Selbsthilfe im gewohnten Kreis, in der Familie oder in anderen Gemeinschaften oder "kleinen Netzen" fördern. Es gilt deshalb, mit Gemeinschaftshäusern, Gesundheits- und Altersstützpunkten sowie Jugendeinrichtungen im Quartier, Dorf oder Bezirk, Stellen zu schaffen, wo verlorengegangene natürliche zwischenmenschliche Kontakte wieder entstehen können. Hilfe zur Selbsthilfe muss in allen Bereichen ermöglicht werden, um mit bürokratiefreier Nachbarschaftshilfe der beamteten Fürsorge zu begegnen.

Sozialversicherungen bringen materielle Sicherheit. Die kleinen sozialen Netze schaffen soziale Gerechtigkeit.

Jeder Mensch hat Anspruch darauf, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen zu können. Dies ist auch der eigentliche Sinn sozialdemokratischer Sozialpolitik.

Wir wollen Familien, in denen Geborgenheit und Freiheit für alle gleichermassen möglich sind

Die gegenwärtige Entwicklung der Siedlungs-, Arbeits- und Sozialstrukturen gefährdet die Familie. Sie vermögen die legitimen Bedürfnisse einer ständig wachsenden Zahl von Frauen, Männern und Kindern nach sozialer Geborgenheit und menschlichen Kontakten nicht mehr zu befriedigen. Sie machen darüber hinaus Personen, die nicht einer Familie angehören (z. B. Be-tagte, Alleinstehende mit und ohne Kinder, Kranke), zu Aussenseitern, die abgeschoben und zum Teil unter grossen Kosten und in unwürdigen Verhältnissen den Behörden und Gemeinwesen zur Betreuung überlassen werden .

Die Familie ist ein Ort der Geborgenheit. Die Kleinfamilie in der heutigen Entwicklung kann diese Funktion oft nicht genügend wahrnehmen. Deshalb sind neue, andere Familienformen zu begrüssen, die sich auf einen grösseren Personenkreis abstützen: Grossfamilien, Wohngemeinschaften, nachbarschaftliche Verbindungen. Es soll niemandem verwehrt sein, in einer Kleinfamilie mit traditioneller Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann zu leben. Aber andere Lebens- und Familienformen müssen auch realisiert und gesellschaftlich anerkannt werden können.

Arbeitsmarkt, Wohnungsbau, Sozial- und Sozialversicherungsgesetzgebung, Steuerrecht und viele andere Regelungen in Staat und Gesellschaft stellen immer noch fast ausschliesslich auf die Institutionen der Kleinfamilie mit traditioneller Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann ab. Wir verlangen deshalb

- ☐ eine Siedlungspolitik, die grössere Familien- und Wohneinheiten möglich machen;
- ☐ Förderung der Nachbarschaftshilfe und soziale Hilfe im Quartier;
- ☐ Freiheit der Mieter zur Gestaltung von Wohnung und Wohnumgebung (verbunden mit Kündigungsschutz);
- ☐ Wohn- und Arbeitsplätze möglichst nahe beieinander;
- ☐ Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der Verteilung der Erwerbsarbeit auf alle Erwerbswilligen;
- ☐ Rücksichtnahme im Arbeitsprozess auf familiäre Verpflichtungen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen;
- ☐ den Ausbau der Kinderzulagen.

Der Begriff "Familie" muss alle Familienformen beinhalten, die soziale Geborgenheit und zwischenmenschliche Kontakte ermöglichen. Deshalb verlangen wir, dass die Gesetzgebung alle Familienformen gleichbehandelt, ungeachtet von Zahl, Geschlecht und Zivilstand der Familienangehörigen.

Die Zukunft der Jugend ist die Zukunft unserer Gesellschaft

Jede jugendpolitische Zielsetzung muss von den Lebensbedingungen der Jugend ausgehen. Jugendpolitik soll diese Lebensbedingungen so verändern, dass der Jugendliche die Gemeinschaft solidarisch erlebt und in seiner Entfaltung nicht behindert und beeinträchtigt wird.

Politik darf sich nicht darauf beschränken, die gesellschaftlichen Verhältnisse einfach als gegeben hinzunehmen und nur ihre schlimmsten Auswirkungen auf die Jugendlichen zu mildern.

Jugendliche Rebellion bedeutet für die Gesellschaft eine Chance, ihre gesellschaftlichen Verhältnisse zu überprüfen und Anstoss zu notwendigen Veränderungen zu erhalten: Zum Abbau von Abhängigkeiten und von Fremdbestimmung, zum Aufbau von menschengerechten Lebensräumen.

Jugendpolitik kann sich deshalb nicht auf die Integration der Jugendlichen in die bestehende Gesellschaft beschränken. Sie muss jenen Jugendlichen, die es wünschen, auch alternative Lebensformen ermöglichen, die gesellschaftlich fruchtbar und zukunftsweisend sein können.

Neben der Jugendarbeit in Gemeinde oder Bezirk sind auch Massnahmen von Kantonen und Bund nötig, um vor allem der strukturellen Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken und die Berufsbildung sowie die Weiterbildung im allgemeinen zu verbessern.

Jugendarbeit heisst für uns, Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zu schaffen, die den Jugendlichen erlauben, ihre Bedürfnisse geltend zu machen und Selbstbestimmung einzuüben.

Von einer erfolgreichen Jugendarbeit kann nicht erwartet werden, dass sie Konflikte beseitigt. Konflikte sind unvermeidlich, ja sogar notwendig. Entscheidend ist, dass sie von allen Beteiligten offen, gewaltlos und solidarisch getragen werden.

Jugendarbeit muss flexibel, durchschaubar und unbürokratisch sein. Sie soll nicht versuchen, ihn in ein vermeintlich unveränderbares soziales Gefüge hineinzupressen.

Fehlen Einrichtungen, die den Bedürfnissen der Jugendlichen entsprechen, muss eine Gemeinde rasch und unbürokratisch folgendes zur Verfügung stellen:

- ☐ Räumlichkeiten für Jugendliche;
- ☐ Geldmittel zur Finanzierung der nötigen Infrastruktur für gewünschte Aktivitäten
- ☐ Hilfestellung für die Jugendlichen bei der Artikulation und Durchsetzung ihrer Wünsche und Forderungen.

Wir wollen menschengerechte Wohnbedingungen für alle schaffen

Je mehr die Schweiz überbaut wird, je knapper Landreserven und je teurer die Grundstücke werden, desto weniger kann der freie Bodenmarkt eine gerechte Bodenverteilung im Interesse gesamtgesellschaftlich verantwortbarer Bodennutzung gewährleisten. Grundeigentum konzentriert sich als Kapitalanlage in den Händen weniger, die vornehmlich maximale Renditen, also arbeitsfreie Einkommen, anstreben: Immobiliengesellschaften, Banken und Versicherungen beherrschen den Wohnungsmarkt. Das Bürohaus verdrängt den Wohnraum, der Wohnraum verdrängt die Landwirtschaft.

Der Boden, den niemand geschaffen hat, ist dem Geschäft des privaten Profits zu entziehen, bei dem sich wenige auf Kosten der grossen Mehrheit bereichern.

Boden darf nur zum Eigengebrauch bei nachgewiesenem Bedarf oder zur Bereitstellung preisgünstiger Wohnungen erworben werden. Bodenerwerb für die Kapitalanlage oder zur kurzfristigen Weiterveräußerung muss ausgeschlossen werden.

Landwirtschaftsland muss einer Preiskontrolle unterstellt werden. Es darf nur durch landwirtschaftliche Selbstbewirtschafter zum Eigengebrauch erworben werden.

Besiedlung und Überbauungen erfordern eine demokratische gesellschaftliche Kontrolle. Die Raumplanung ist ein wichtiges Instrument. Aufwertungs- und Planungsgewinne müssen abgeschöpft werden. Die öffentliche Hand braucht für gesellschaftliche Aufgaben das Vorkaufsrecht an Boden, und zwar zum Ertragswert.

Wir wenden uns gegen den Ausverkauf der Heimat. Grundstückverkäufe an Ausländer müssen rigoros beschränkt und die Bewilligungen ausschliesslicher Lokalinteressen entzogen werden.

Genossenschaftliches Hauseigentum ist zu fördern. Damit fördern wir eine Kategorie von Wohnberechtigten, welcher die Sicherheit des Eigentümers und die Mobilität des Mieters gleichermaßen zugute kommt. Gerade im Wohnbereich ergeben sich zahlreiche Möglichkeiten der kollektiven Selbsthilfe, der Selbstorganisation und Selbstverwaltung.

Vordringlich muss die Stellung des Mieters verbessert werden. Eine zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden koordinierte Wohnbauförderung muss dauernd der Wohnungsnot vorbeugen. Baurechtliche Bestimmungen sollen die Erhaltung wertvoller und preisgünstiger Altwohnungssubstanz begünstigen.

Wir wollen eine gesunde und natürliche Nahrung und den Bauernhof erhalten

Die bisherige Agrarpolitik hat Bauern und Konsumenten in eine Sackgasse geführt. Der bäuerliche Betrieb sieht sich heute steigenden Preisen für die Produktionsmittel gegenüber, während seine Erzeugnisse grossem Preisdruck ausgesetzt sind - die Preise scheren auseinander.

Der Landwirt kann aus dieser verschlechterten Lage nur in die Mehrproduktion und Rationalisierung flüchten. Es entsteht dabei der Zwang zur Übermechanisierung Einzelner, zu grossem Einsatz von Chemie und ein Trend zu Monokulturen und Massentierhaltungen. Die Tierhaltung wird unter dem Zwang zu einer maximalen Fleischproduktion zur Tierquälerei.

Natürliche Kreisläufe werden gestört, Nahrungsmittel mit Giftstoffen belastet und Gewässer verschmutzt. Der Zwang zur Mehrproduktion führt auch zu Überschüssen. Die Märkte werden überversorgt und die Preise fallen. Die Preisschere droht sich für den Bauer noch mehr zu öffnen; es entsteht ein Teufelskreis, der sich immer schneller dreht.

Unser Ziel ist eine Landwirtschaft, die die Bevölkerung mit gesunden und vollwertigen Nahrungsmitteln versorgt und die auch die Aufgabe der Landschaftspflege erfüllt. Wenn nötig soll unsere Landwirtschaft fähig sein, den Anbau so auszudehnen, dass sich unser Land auch weitgehend unabhängig von Einfuhren ernähren kann.

Unser Ziel sind bäuerliche Betriebe, die - als Lebens- und Arbeitsgrundlage einer Familie oder einer anderen Gemeinschaft von Menschen - zusammenarbeiten.

Die Produktion vollwertiger Nahrungsmittel muss deshalb auf einem vielfältigen Anbau und auf den natürlichen Kreisläufen basieren. Die Nahrungsmittelproduktion hat auch soziale und wirtschaftliche Kosten zu berücksichtigen. Die öffentliche Hand muss dafür sorgen, dass die Grundnahrungsmittel preisgünstig bleiben und der Landwirt sein Einkommen sichern kann.

Wir Sozialdemokraten setzen uns in der Landwirtschaftspolitik vor allem für folgende Ziele und Massnahmen ein:

- ☐ Das landwirtschaftliche Bodenrecht muss reformiert werden, wie es im Abschnitt Boden und Wohnen umschrieben ist.
- ☐ Der Kündigungsschutz für Pächter ist auszubauen, denn die Hälfte aller Bauern sind Pächter. Der Trend zu immer mehr Pachtbetrieben muss gebrochen werden, indem bäuerliche Betriebe nur noch von Selbstbewirtschaftern neu erworben werden dürfen.
- ☐ In der Landwirtschaftspolitik muss die Verschuldung gesenkt und der Neuverschuldung entgegengewirkt werden.
- ☐ Es braucht Massnahmen zur Eindämmung der Überproduktion, zum Beispiel eine Beschränkung der Futtermittel-Importe aus dem Ausland.

- ☐ Die Einkommenssicherung für den Bauern ist so auszugestalten, dass der übertriebene Kapitaleinsatz und die einseitige Produktion uninteressant werden. Die bäuerliche Landwirtschaft soll mit der Einkommenspolitik geschützt werden, sei es durch Direktzahlungen an bäuerliche Haushalte oder sei es durch gestaffelte Preise für Agrarprodukte.
- ☐ Die gemeinsame Anschaffung der landwirtschaftlichen Geräte durch mehrere Betriebe muss bevorzugt und unterstützt werden (z. B. durch Kooperativen).
- ☐ Die Bauern und Bäuerinnen sollen für naturgerechte Bodennutzung und Anwendung energiesparender Produktionsmethoden ausgebildet werden.
- ☐ Ein weiterer Schwerpunkt der bäuerlichen Ausbildung ist der Schutz und die artgerechte Haltung der Nutztiere.
- ☐ Zur Erhaltung und Existenzsicherung der Landwirtschaft in den Berggebieten und Randzonen müssen die bisherigen Massnahmen verstärkt und neue angestrebt werden.

Wir wollen eine ausgeglichene räumliche Verteilung des Volkseinkommens und der Arbeitsplätze sowie eine vielfältige Kultur

Die Schweiz ist in Zentren und Peripherien geteilt: Zentrumsgebiete sind die Ballungsgebiete unseres Landes, in denen sich in der Regel die Bevölkerung und die wirtschaftlichen Tätigkeiten, der Reichtum, die politischen, sozialen und kulturellen Einrichtungen konzentrieren. Die Peripherie oder Randgebiete sind die ländlichen Regionen und Berggebiete. Trotz vielfältigen Förderungsmassnahmen haben sich die Unterschiede in den Lebensbedingungen nicht nur zwischen Ballungs- und Randgebieten, sondern auch innerhalb der Randgebiete verschärft.

Wir Sozialdemokraten wollen in den Randgebieten die wirtschaftliche Eigenständigkeit und die kulturelle Identität stärken. Deshalb prüfen wir ausgleichs- und verteilungspolitische Massnahmen in besonderem Masse. Die staatliche Förderung soll in erster Linie den benachteiligten Gruppen und den ärmsten Regionen und Gemeinden zugute kommen. Dafür ist eine gezielte Subventionspolitik, eine echte Mitbestimmung in der Raumplanung und die Schaffung eines gemeinnützigen Bodenrechts unerlässlich.

Wir setzen uns zur Stärkung der Randgebiete für folgende Massnahmen besonders ein:

- ☐ Handwerks- und Kleinindustriebetriebe sollen gefördert werden, damit vermehrt sichere Arbeitsplätze für Menschen aller Ausbildungs- und Altersstufen geschaffen werden.
- ☐ Die Berglandwirtschaft muss in der Struktur der Familienbetriebe bewahrt und gestärkt werden zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung, der Pflege der Landschaft und der Erhaltung der Erholungsräume. Auch der Bergbauer hat ein Recht auf ein angemessenes Einkommen.
- ☐ Die Fremdenverkehrsförderung soll zur Hauptsache auf klein- und mittelbetriebliche Strukturen ausgerichtet werden. Durch eine entschlossene Preis- und Bodenpolitik ist die Spekulation zu unterbinden. Verstärktes Augenmerk ist der beruflichen Aus- und Weiterbildung des im Fremdenverkehr beschäftigten Personals und der Verbesserung seiner Arbeitsbedingungen und der sozialen Sicherheit zu schenken.
- ☐ Verwaltungsaufgaben und Arbeitsplätze der öffentlichen Hand sollen wo dies möglich ist - in angemessener Weise von den Zentren in die Berg- und Randgebiete verschoben werden.
- ☐ Die Vielfalt der ländlichen Kultur ist zu fördern. Dabei sollen im speziellen das Volkstheater, der Chorgesang, Musikgruppen aller Art sowie andere kulturelle Bemühungen unterstützt werden. Die Erhaltung der sprachlichen Vielfalt unseres Landes muss immer Eckstein aller Kulturpolitik sein.

Die Entwicklung der Land- und Bergregionen muss den ökologischen Rahmen respektieren und das Zusammenspiel von Bevölkerung, Umwelt, Wirtschaft und Kultur beachten.

Für uns ist die Gemeinde das wichtigste Feld für bürgernahe Politik

Die Gemeinden der Schweiz verfügen über grosse Autonomie und Selbstverwaltung. Die Gemeinde ist nicht nur die beste überschaubare Ebene in unserem Staat, sie kann den Lebensraum und das Lebensgefühl des Menschen auch am unmittelbarsten beeinflussen. Der Kampf für humane und soziale Lebensbedingungen hat darum nicht zufällig in der sozialdemokratischen Gemeindepolitik eine stolze und erfolgreiche Tradition. Viele öffentliche Einrichtungen und Pionierleistungen zum Wohle der Gesamtheit konnten seit jeher nur über die Gemeinde geschafft werden.

Die Gemeinden jedoch sind dem Druck der wirtschaftlichen Entwicklung ausgesetzt. Kantonale und bundesrechtliche Vorschriften schränken ihren Handlungsspielraum zusätzlich ein. Diese Rahmenbedingungen können auch mit sozialdemokratischen Mehrheiten auf Gemeindeebene nicht übersprungen werden.

Unter aktiver Mitwirkung der Bürger gilt es in der Kommunalpolitik, den Spielraum innerhalb dieser Grenzen vollumfänglich auszunützen und zugleich diese Grenzen erfahrbar zu machen. Denn nicht nur in der Verbesserung der unmittelbaren Lebensverhältnisse der Bevölkerung liegt die Aufgabe der Kommunalpolitik, sondern auch in der Einleitung eines Lernprozesses, der zugleich mit dem Erkennen der Grenzen auch den demokratischen Willen nach ihrer Überwindung in der gesamten Gesellschaft wachsen lässt.

Wir Sozialdemokraten wollen die soziale und fortschrittliche Infrastruktur in der Gemeinde erhalten und ausbauen (Sozialwesen, Sport, Kultur, Bildung, Gesundheit).

- ☐ Wir setzen uns ein für eine Trendumkehr der gegenwärtigen negativen Entwicklung der Städte, vor allem im Bereich des Verkehrs, denn die Städte ersticken im privaten Pendlerverkehr; im Bereich des Wohnens, denn die Einwohner werden durch Arbeitsplatzkonzentration und Wohnungsspekulation verdrängt; und bei der Zusammensetzung der Bevölkerung, denn die altersmässige und soziale Durchmischung der Einwohner geht verloren.
- ☐ Wir befürworten die Sicherung und den Ausbau der demokratischen Beteiligung aller Einwohner und Betroffenen in wichtigen Gemeindefragen.

Wir wollen auch die Mitwirkung in regionalen Zweckverbänden und, im Falle der Städte, ebenso in den Quartieren.

Die Gemeinde kann viel zur Sensibilisierung der Bürger beitragen. In ihr können auch Menschen angesprochen werden, die durch die Parteipolitik nicht mehr ansprechbar sind. In der Gemeinde sind auch am ehesten Modelle von Selbstorganisation und Selbstverwaltung realisierbar. Um alle diese Aufgaben zu verwirklichen, setzen wir uns für die Gemeindeautonomie und für die Sicherung der kommunal notwendigen finanziellen Mittel ein.

Wir wollen, dass die ausländischen Arbeiter in der Schweiz gleich geachtet, gleich behandelt und gleich entlohnt werden

Seit mehr als zwei Jahrzehnten beruht ein Teil des wirtschaftlichen Wohlstandes der Schweiz auf der Arbeit von Ausländern in unserem Land. Viele Schweizer sind dank der Präsenz ausländischer Arbeiter sozial aufgestiegen.

Die Anwesenheit einer grossen Zahl von Ausländern bringt auch Probleme mit sich. Die Einwanderer tragen an ihrer Entwurzelung schwer und fühlen sich hierzulande diskriminiert. Viele Schweizer fühlen sich durch die Menschen aus anderen Ländern in ihrer Eigenart bedroht und wälzen die Schuld an den Problemen, die das Wirtschaftswachstum verursacht hat, auf die Ausländer ab.

Es ist eine der grundlegenden Zielsetzungen des demokratischen Sozialismus, dass alle Lohnabhängigen gleich geachtet, gleich behandelt und für gleiche Arbeit gleich entlohnt werden. Die Verwirklichung dieses Ziels hat uns Sozialdemokraten nicht nur Unterstützung, sondern auch Missbilligung gebracht.

Wir können die Gleichbehandlung der Ausländer in unserem Lande nur verwirklichen, wenn wir gleichzeitig eine zurückhaltende Einwanderungspolitik betreiben und die Zahl der Ausländer bei uns beschränken. Quantitative Beschränkungen genügen aber nicht. Neben zahlenmässigen Beschränkungen brauchen wir langfristig eine Ausländerpolitik mit den folgenden Zielen:

- ☐ Die Politik gegenüber den Ausländern muss Sache der Bundesgesetzgebung sein, die die Lage der Ausländer auch im Interesse der Schweizer ständig verbessert.
- ☐ Gleicher Lohn für die gleiche Arbeit von Schweizern und Ausländern muss durchgesetzt werden, und zwar entgegen der Praxis der Arbeitgeber, die die ausländischen Arbeiter oft als Lohndrücker einsetzen.
- ☐ Es braucht aktive Hilfen der öffentlichen Hand, die eine Integration der Ausländer in unserer Gesellschaft ermöglichen.
- ☐ Die Rechtsstellung der Ausländer muss nach und nach verbessert werden. Ihnen soll eine Aufenthaltssicherheit mit dem Recht auf Familiennachzug zustehen. Wenn sie genügend lange in der Schweiz leben, soll ihnen ein politisches Mitwirkungsrecht in Gemeinden und Kanton gewährt und die Einbürgerung erleichtert werden.
- ☐ Die wirtschaftlichen Ursachen der Migration, nämlich das Gefälle innerhalb Europas und in der Welt, müssen beseitigt werden.
- ☐ Wir brauchen eine aktive Asylpolitik. Flüchtlinge, die politisch verfolgt sind, sollen bei uns ohne Schwierigkeiten Aufnahme finden können. Flüchtlinge, die bei uns eingetroffen sind, bedürfen der besonderen Unterstützung. Die öffentliche Hand muss ihre soziale Sicherheit und Integration unterstützen.

Wir wollen dafür sorgen, dass das notwendige und sinnvolle Bedürfnis nach Mobilität ohne den riesigen Preis an Umweltzerstörung und Menschengefährdung befriedigt werden kann

Heute ist der Verkehr zu einem Moloch geworden, der Städte zerstört, Kulturland vernichtet, eine riesige Zahl von Menschenleben fordert und am Ende die vielgerühmte Freiheit durch Mobilität selbst zu zerstören droht.

Ursache für diese verhängnisvolle Entwicklung ist ein Zerrbild von Freiheitsgewinn durch Mobilität, das sich vor allem an der Verwirklichung rein privater und individueller Mobilitätsbedürfnisse orientiert: dem privaten Individualverkehr. Das Auto ist zum Sinnbild und Statussymbol unserer Gesellschaft geworden. In der Wachstumseuphorie der vergangenen Jahrzehnte war der motorisierte Privatverkehr das Hätschelkind des Fortschrittsglaubens.

Siedlungspolitische Fehlentwicklungen, etwa die Trennung von Arbeits- und Wohnbereich, die Konzentration der Versorgung in riesigen Konsumpalästen, haben den Zwangsverkehr massiv verstärkt. Die problemlose Finanzierung der Nationalstrassen und kostspieliger Alpentunnels haben unserem Land eines der dichtesten Autobahnnetze der Welt beschert.

Wir bezweifeln allerdings, ob uns ein derart ausgebautes Strassennetz vor allem für die Touristen und den individuellen Güterverkehr, auch den entsprechenden volkswirtschaftlichen Nutzen bringt.

Der private Individualverkehr deckt die Kosten, die er verursacht, bei weitem nicht. In den Agglomerationen, den Städten und Kantonen, im Gesundheitswesen müssen wir jährlich Milliarden aus öffentlichen Mitteln zuschiessen .

Demgegenüber wurde der Ausbau und die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs grob vernachlässigt. Dies wollen wir ändern. Deshalb setzen wir uns ein:

- ☐ für die Eindämmung der gesamten Verkehrsbewegungen, insbesondere beim motorisierten Individualverkehr;
- ☐ für eine Verkehrsplanung, welche dem öffentlichen Verkehrsnetz den Vorrang gibt und dem Individualverkehr eine komplementäre Bedeutung einräumt;
- ☐ für eine Beschränkung der Umweltbeeinträchtigung durch den Verkehr;
- ☐ für eine vollständige Überwälzung sämtlicher, vom Verkehr verursachten sozialen und Umweltkosten auf die Verursacher;
- ☐ für einen Abbau des Zwangsverkehrs durch siedlungs- und versorgungspolitische Massnahmen;

(30) Verkehr

- ☐ für einen ausgebauten öffentlichen Verkehr im Regional- und Agglomerationsbereich;
- ☐ für eine Verbesserung der Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit der Bahnen gegenüber dem Privatverkehr;
- ☐ für eine Förderung des Fussgänger- und Veloverkehrs vor allem in Städten;
- ☐ gegen weitere Nationalstrassen und deren Ausbau;
- ☐ gegen weitere Alpentunnels für den motorisierten Privatverkehr;
- ☐ für eine echte Demokratie im Ausbau aller Verkehrssysteme.

Wir wollen eine Energiepolitik, welche die Erfüllung unserer Bedürfnisse nach Wärme, Licht, Transport und Produktion umweltfreundlich, sicher und kostengünstig ermöglicht

Produktion, Verteilung und Verbrauch von Energie darf kein Spielfeld privater Profitinteressen sein. Im Rahmen unserer Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik hat Energiepolitik eine dienende Funktion. Die demokratische Kontrolle der Produzenten und Verteiler durch die Öffentlichkeit ist durchzusetzen. Vor allem verlangen wir eine Entflechtung der undurchsichtig gewordenen Zusammenarbeit privater und öffentlicher Träger, um eine wirksame öffentliche Kontrolle zu ermöglichen.

1. Die Energiepolitik soll dafür sorgen, dass die vorhandenen Energiequellen und Energieträger optimal genutzt werden, so dass der Energieverbrauch auf einem möglichst tiefen Niveau gehalten werden kann. Gesamtschweizerische Vorschriften für die Wärmeisolation von Gebäuden sind ein Beispiel einer wirksamen Massnahme.
2. Das Risiko der Auslandabhängigkeit der Energieversorgung soll reduziert werden. Neben einer vernünftigen Lagerhaltung und der Diversifikation der Energieträger nach Bezugsländern und Energiequellen, scheint ein energiewirtschaftlicher Selbstversorgungsgrad von mindestens einem Drittel wünschenswert und notwendig zu sein.
3. Die Energiepolitik hat mit dafür zu sorgen, dass die durch Energieproduktion und -Verbrauch verursachte Umweltbelastung zurückgeht.
4. Für die gesamte Energieversorgung ist eine dezentrale Produktions- und Verteilungsstruktur anzustreben. Je grösser und zentralisierter die verschiedenen Anlagen sind, um so grösser die negativen Effekte, um so schwieriger oder unmöglich wird die demokratische Kontrolle.
5. Um die fossilen Energiereserven zu schonen und die Umweltbelastungen zu reduzieren, sind die inländischen, regenerierbaren Energiequellen in besonderem Ausmass zu fördern. Ihr Anteil an der gesamten Energieversorgung soll wesentlich angehoben werden. Zu diesen Energieträgern gehören zur Hauptsache: Sonne, Wind, Erdwärme, Biogas, Holz und Wasserkraft.
6. Im Rahmen dieser Zielsetzungen soll die Energiewirtschaft eine möglichst krisenfeste und störungsfreie Versorgung gewährleisten.
7. Wir bekämpfen den weiteren Ausbau der Atomenergie, weil die ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen derartiger grosstechnologischer Anlagen nicht abzusehen sind. Ihre Wirtschaftlichkeit und Finanzierung ist längst in Frage gestellt, die Entsorgung nicht gelöst, der Zwang zur jahrtausendelangen Überwachung der Radioaktivität eine untragbare Hypothek, die Auslandabhängigkeit (Uran) enorm und die Sicherheit (Unfallgefahr, Pannen, Krieg) sind mehr als fragwürdig.

Wir wollen eine Medienpolitik, die uns Informations- und Kommunikationsfreiheit garantiert

Radio und Fernsehen sind bei vielen Menschen täglich präsent. Für viele sind sie die wichtigste Quelle von Information und Unterhaltung. Es besteht jedoch die Gefahr, dass sich die Aufmerksamkeit vom persönlichen Gespräch weg zu den Empfangsapparaten verlagert. Das Ferne wird nah und das Nahe verschwindet. Der Anpassungsprozess setzt sich nach Arbeit und Konsum fort. Wenn die Medienbotschaften nur auf hohe Einschaltquoten ausgerichtet und erst noch ausgewogen sein müssen, so wird der Anpassungsdruck verstärkt.

Anstelle des bloss passiven Konsums wollen wir mit den Medien Möglichkeiten der Selbstdarstellung und damit der Selbsterfahrung schaffen und fördern. Neue technische Möglichkeiten wie das Lokalradio und -fernsehen sollen im Rahmen einer demokratisch-verfassten und das Prinzip der Öffentlichkeit garantierenden Ordnung allen zugänglich sein.

Deshalb stehen wir neuen, rein konsumbezogenen Ausweitungen des Programmangebots kritisch gegenüber.

Der Medienauftrag hat sich bei Radio und Fernsehen nach dem Bedürfnis der direkten Erfahrung und der Fähigkeit zur eigenständigen Meinungsbildung zu richten. Die Medien haben deshalb auch dort Öffentlichkeit herzustellen, wo Ungerechtigkeit, Machtmissbrauch, autoritäre Strukturen und Repression vorhanden sind. Medienfreiheit heisst deshalb auch Unabhängigkeit der Medien, Freiheit der Programmschaffenden und Zeugnisverweigerungsrecht der Journalisten und Redaktoren. Die Freiheit der Medien kann nur gewährleistet werden, wenn diese dem privatwirtschaftlichen Profitstreben nicht unterliegen, wenn die Finanzierung unabhängig von Zuschauer- und Hörerbeteiligung geregelt ist. Dazu gehört auch, dass Filmschaffen unbesehen der Vermarktungschancen und mit gesichertem Publikumszugang ermöglicht wird.

Pressevielfalt muss inhaltlich vielfältige Presse meinen. Zeitungen werden traditionell privatwirtschaftlich hergestellt. Ein Pressegesetz hat deshalb die Vielfalt gegen Verlags- und Inserateninteressen zu schützen. Die Presseförderung soll insbesondere die Möglichkeit schaffen, neue Zeitungsobjekte ausserhalb privatwirtschaftlicher Interessen, die jedoch die Meinungsvielfalt garantieren oder in Monopolsituationen erst recht herstellen, zu fördern und zu sichern. Insbesondere unternehmen wir alle Anstrengungen, die sozialdemokratische Presse zu erhalten und zu fördern.

Wenn wir eine demokratische Wirtschaft wollen, brauchen wir einen informierten und selbständigen Konsumenten

Die gegenwärtige Konsumgesellschaft verstärkt die Vorherrschaft der Produktion und lässt dadurch den Konsumenten weitgehend in der Position eines untergeordneten Nachfragers. Die Marktwirtschaft begnügt sich mit der Befriedigung zahlbarer Einzelbedürfnisse. Sie erweist sich aber als unfähig, kollektiven Bedürfnissen der Gesellschaft nachzukommen oder individuellen Wünschen einer autonomen und freien Persönlichkeit entgegenzukommen. Die Konsumgesellschaft schafft ebenso viele Frustrationen, wie sie Befriedigung liefert.

Viele Konsumenten sind mit der Fülle materieller Güter, mit dem breiten Freizeitangebot und der gesicherten Versorgung allein nicht zufrieden: Sie haben auch Wünsche qualitativer Art. Sie wollen über Informationen verfügen; sie wollen ihre eigenen Rechte und Interessen zur Geltung bringen. Für uns heisst Konsumentenpolitik nicht nur Durchsetzung möglichst billiger Preise, sondern Qualität der Produkte nach den Prinzipien von: Gesundheit für den Menschen, Rücksichtnahme auf die Umwelt und soziale Gerechtigkeit bei der Herstellung und Verteilung.

Im Konsumentenschutz unterstützen wir Sozialdemokraten eine Politik mit folgenden Hauptausrichtungen:

- ☐ Eine absolute Priorität haben Gesundheit und Sicherheit der Konsumenten. Verwertung und Konsum von Lebensmitteln oder Medikamenten, der Gebrauch von Maschinen und Apparaten müssen gefahrlos sein. Jedes auch noch so kleine Risiko muss ernst genommen werden und muss Anstoss zu entsprechenden Massnahmen sein.
- ☐ Die Forderung nach Information und Aufklärung der Konsumenten ist von grundlegender Bedeutung. Der Konsument muss in die Lage versetzt werden, Informationen aufzunehmen und zu verarbeiten. Dies ist eine Vorbedingung für die Selbstverantwortung und persönliches Engagement. Es muss auf mehreren Stufen geschehen: In der Schule, Erwachsenenbildung, in Radio- und Fernsehsendungen, durch die Presse.
- ☐ Die rechtliche Stellung des Konsumenten ist zu verbessern. Kartelle und unlautere Werbung sind einzuschränken, Konsumentenvereinigungen müssen zu politischen und gerichtlichen Schritten legitimiert sein (Verbandsklage). Die allgemeinen Verkaufsbedingungen, die Kleinkredite, die Gesetzgebung über die Privatversicherungen und der Rechtsschutz müssen zum vermehrten Schutz vor Übervorteilung und Überschuldung neu geregelt werden.
- ☐ Im Interesse der Konsumenten und zum Schutze der natürlichen Rohstoffe braucht es öffentliche Massnahmen zur Verlängerung der Lebensdauer von Gütern: Es braucht die Erfassung und Bekanntgabe der durchschnittlichen Lebensdauer der einzelnen Produkte, ebenso Vorschriften über Lebensdauer, Garantieleistungen und Reparaturen.
- ☐ Im Konsumentenschutz muss das Vereinsleben aktiviert werden. Die öffentliche Hand muss Konsumentenvereinigungen indirekt unterstützen, durch Informationshilfe, geeignete Räumlichkeiten, Forschungsinstitute an den Hochschulen, Subventionierung von Waren-tests. Verbraucherorganisationen müssen ihren Einfluss auf die Produktion verstärken.

Wir wollen eine Gesundheitspolitik, die den Menschen körperlich, seelisch und sozial befähigt, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen

Unser Gesundheitswesen ist krank. Obwohl die Kosten immer steigen, gelingt es nicht mehr, den Gesundheitszustand der Bevölkerung spürbar zu verbessern. Angesichts der modernen Zivilisationskrankheiten ist die Medizin oft hilflos. Die moderne Medizinindustrie produziert zwar immer mehr Medikamente für immer mehr Krankheiten und Beschwerden, doch die Gesamtwirkung auf den allgemeinen Gesundheitszustand ist nicht erkennbar.

Unser oberstes Ziel ist demgegenüber die Vorbeugung von Gesundheitsschäden. Sie beginnt mit dem Schutz der natürlichen Umgebung und im Bereich der Arbeit.

Sie ist durch Erziehung zur Bewahrung der Gesundheit zu fördern. Durch Aufklärung sollen Alkohol-, Nikotin- und Drogenmissbrauch reduziert werden. Die Zusammenhänge zwischen mangelnder Lebensqualität und der Flucht in den Suchtmittelkonsum müssen aufgedeckt werden.

Die medizinische Versorgung muss für jeden im Krankheits- und Unglücksfall gewährleistet sein. Deshalb muss eine Kranken- und Unfallversicherung geschaffen werden, die obligatorisch und solidarisch, universell und entsprechend der Einkommensstärke finanziert wird, ohne Differenzierung nach Geschlecht und Risiko. Die Krankheitskosten müssen gesenkt werden. Massnahmen im Bereich der Ärztehonorare, Medikamentenpreise sowie neue Formen der Krankenpflege sind unabdingbar. Nötig sind Gesundheitszentren, welche dezentralisiert auch als Gruppenpraxen dienen können.

Jeder Patient soll die Möglichkeit haben, solange wie nur irgend möglich die Heimpflege in Anspruch nehmen zu können, sofern es die Umstände gestatten.

Für Chronischkranke und Alte sollen besondere, für die Angehörigen leicht erreichbare Pflegestätten errichtet werden. Die Krankenpflege muss menschlicher werden. Die Rechte des Patienten (freie Arzt- und Pflegeortwahl) müssen ausgebaut werden. Die Menschen dürfen nicht Versuchsfeld der Medizin sein.

Grosse Bedeutung kommt der Wiedereingliederung der Kranken und Gesundgewordenen in die Gemeinschaft zu. Für die Dienstleistungen zur Mutterschaftskontrolle sind dezentralisierte, leicht zugängliche Einrichtungen zu schaffen. Demgegenüber sind jedoch auch Behandlungsstätten zu fördern, welche einen hohen Grad an spezialisierten ärztlichen Leistungen aufweisen.

Herstellung, Verteilung und Vertrieb der Medikamente müssen von den Behörden unter Berücksichtigung der gesundheitlichen Bedürfnisse streng kontrolliert werden.

Für neue Medikamente ist der Nachweis der therapeutischen Überlegenheit über bestehende Medikamente zu erbringen. Es ist dafür zu sorgen, dass für jedes therapeutische Ziel nur jene Medikamente dem Publikum zur Verfügung gestellt werden, die das beste Verhältnis zwischen dem erhofften Resultat und den eventuellen Risiken aufweisen.

Wir wollen eine Bildung und Forschung im Interesse des Lebens und Überlebens aller

Bildung und Forschung verzeichneten in den vergangenen Jahren ein markantes Wachstum. Der Mitteleinsatz vor allem im Forschungsbereich wurde kontinuierlich gesteigert. Doch Bildung und Forschung wurden nicht eingesetzt, um die Abhängigkeit der Menschen von Machthabern und Experten zu verringern. Vielmehr wurde neue Abhängigkeiten geschaffen .

Das Wachstum im Bildungswesen erfolgte in traditionellen Strukturen. Davon haben vor allem die bisher ohnehin bevorzugten Mittel- und Oberschichtkinder profitiert. Die Chancen der Arbeiterkinder sind weiterhin schlecht. Der Ausleseprozess in den Schulen wurde verschärft. Weiterhin gilt ein Leistungsbegriff, welcher die Vielfalt der Begabung, Neigungen und Interessen unberücksichtigt lässt. Vielmehr hilft die Schule, die Herrschaft der Kopfarbeit über die Handarbeit zu zementieren.

Für uns Sozialdemokraten sind im Bildungsbereich folgende Zielsetzungen und Massnahmen vorrangig:

- ☐ Jeder soll nach seinen Fähigkeiten gefördert werden. Die Vermittler sozialer und musischer Fähigkeiten ist der technischen Ausbildung gleichzustellen.
- ☐ Das Bildungsniveau auch der Erwachsenen soll angehoben werden. Jeder muss über berufliche Qualifikationen verfügen, die es ihm erlauben, seine Interessen als Arbeitnehmer wahrzunehmen. Dazu sind finanzielle Beiträge der öffentlichen Hand für den Ausbau der Erwachsenenbildung und das Recht auf Bildungsurlaub nötig.
- ☐ Die Hierarchie zwischen Bildungsinstitutionen und die ungleiche Bewertung ihrer Abschlüsse wird abgebaut. Das Angebot für lebenslange Weiterbildung für alle wird erweitert. Die Förderung erfolgt in einem System, das spätere Korrekturmöglichkeiten grundsätzlich möglich macht.
- ☐ Das Bildungswesen ist so zu gestalten, dass kritisches Verhalten und kooperatives Arbeiten gefördert wird. Dies geschieht dadurch, dass die Schule nach Grundsätzen der Selbstverwaltung organisiert wird.

Für den gesellschaftlichen Fortschritt ist Forschung unverzichtbar, jedoch kein Garant. Negative Auswirkungen der Forschungsergebnisse sind in der Umwelt, Gesundheitswesen, in der Arbeitswelt und anderswo spürbar. In welcher Richtung die Forschung vorangetrieben werden soll, wird vor allem in den privaten Unternehmen entschieden. Die öffentliche Hand bringt lediglich ein Drittel aller in unserem Land getätigten Forschungsaufwendungen auf. Sie bevorzugt mehrheitlich eine Forschung, die den vorherrschenden ökonomischen Interessen dient, jedoch mit gewissen Risiken behaftet ist.

Wer in dieser Gesellschaft mitbestimmen will, muss auf der Höhe des angewendeten Wissens sein. Ebenso wichtig ist es, die Forschungsziele zu kennen.

Im Forschungsbereich werden folgende Veränderungen angestrebt:

- ☐ Forschung muss vermehrt an den Lebens- und Überlebensinteressen aller Bevölkerungsgruppen orientiert werden: Erforschung neuer Energiequellen und umweltschonender Technologien, Gesundheitsvorsorge, Soziologie, Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze und Sicherung der Vollbeschäftigung.
- ☐ Verzicht auf Forschung, die allein den Prestigebedürfnissen der Wissenschaftler dient. Staatliche Forschungspolitik muss kompensatorisch zur privaten Forschung sein.
- ☐ Weil Forschung in der Regel beabsichtigte und unbeabsichtigte gesellschaftliche Folgen hat, können Forschungsentscheide nicht allein den Wissenschaftlern überlassen werden. Forschungsentscheide bedürfen der demokratischen Kontrolle.

Kultur ist für uns schöpferisches und befreiendes Handeln, zu dem jeder Mensch fähig ist

Wie nach und nach alle Lebensbereiche vermarktet werden, so unterliegt auch die Kultur einer Industrie, die den Massen ihre Kulturprodukte zum Konsum vorwirft.

Kulturelles Schaffen, das uns ermöglicht, unsere Identität, unsere Spontaneität in der Gemeinschaft mit anderen ganzheitlich zu erleben und unsere Lage zu erkennen, findet vielfach am Rande der Gesellschaft statt.

Kulturelles Tätigsein und Arbeit, ursprünglich eine Einheit, sind strikt getrennt in Produktion und Dienstleistungen einerseits und die Angebote der Freizeitindustrie andererseits.

Sozialdemokratische Politik versteht Kultur als das befreiende, gemeinschaftsbildende Handeln von Individuen und Gruppen - in einer sinnerfüllten Existenz und gegen die materiellen, gesellschaftlich bedingten Zwänge.

Wir unterstützen eine erweiterte Kulturförderung, in materieller, organisatorischer und ideeller Hinsicht, welche die Arbeitsteilung zwischen Produzenten und Konsumenten im Kulturbereich abbaut und damit die kulturelle Eigeninitiative fördert.

Die Entfaltung der kreativen Fähigkeiten muss allen ermöglicht werden, weil nur so die bestehenden künstlichen Schranken zur Kultur abgebaut werden können.

Die Kunst muss sozusagen von den Museen in den Alltag der Menschen zurückgebracht werden.

Die Rechte und die gewerkschaftlichen Forderungen der Kulturschaffenden sind zu schützen und zu unterstützen. Ein wichtiges Gebiet der Kulturförderung ist für uns die Unterstützung aktiver, spielerischer und sportlicher Betätigung. Sie soll keinesfalls nur den Spitzenleistungen, sondern in erster Linie allen zugute kommen und für alle zugänglich sein.

Besondere Aufmerksamkeit wollen wir der Förderung der kulturellen Äusserung der sprachlichen Minderheiten zukommen lassen. Kultur wird auch ausserhalb der kulturellen Institutionen gepflegt und gelebt. Das Zusammenleben in Vereinen, Gemeinschaften und Wohngemeinschaften ist ein Stück Kultur. Im Zusammenspielen, im gemeinsamen Sport, in der Erwachsenenbildung und Bürgerkomitees verwirklicht sich politische Kultur ebenfalls.

Besondere Beachtung und Unterstützung verdienen die Arbeiter- Sport und Kulturorganisationen, die aus Tradition eng mit unserer Partei und den Gewerkschaften verbunden sind. Unsere Aufmerksamkeit gilt auch der Fähigkeit, sich stets den neuen Kulturformen zu öffnen und den aktuellen Bedürfnissen auch der jüngeren Bevölkerung anzupassen.

Mit einer aktiven Aussenpolitik wollen wir den Grundwerten Frieden, Entwicklung und Menschenrechte zum Durchbruch verhelfen

Die Aussenpolitik der Schweiz ist einseitig an der Durchsetzung aussenwirtschaftlicher Interessen orientiert. Auch dort, wo wir die Solidarität praktizieren, ist sie in diesen Interessenrahmen eingespannt. Die offiziellen aussenpolitischen Maximen von Neutralität, Universalität und Disponibilität dienen als Rechtfertigung dafür, dass die Schweiz inaktiv ist.

Wir Sozialdemokraten möchten, dass unser Land im Rahmen unserer aussenpolitischen und militärischen Neutralität aktive Mitarbeit leistet beim Aufbau von Frieden, bei der Entwicklung und beim Schutz von Menschenrechten auf der ganzen Welt.

Frieden ist für uns nicht nur Abwesenheit von Krieg. Friedenssicherung umfasst auch soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit bei uns und überall auf der Welt. Es gibt keinen Frieden in Freiheit ohne Frieden in Gerechtigkeit. Eine aktive Arbeit für den Frieden ist auch durch die schweizerische Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen erstrebenswert.

Entwicklung heisst für uns nicht nur wirtschaftliches Wachstum. Entwicklung heisst vor allem soziale Befreiung; Befreiung aus Armut, Unterdrückung und Entfremdung. Das war auch immer der Leitgedanke in der Befreiung der Arbeiterbewegung bei uns. Entwicklung in den Entwicklungsländern heisst vor allem Entfaltung ihrer eigenen wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte, ein Weg der Eigenständigkeit unter Einbezug einer eigenen angepassten Technologie und der eigenen Kultur. Alles, was die Entwicklungsländer von diesem Weg abbringt, beeinträchtigt ihre Entwicklung. Wir lehnen es ab, diese Länder als den Hinterhof für billigste Lohnproduktion oder für den Absatz unserer Überproduktion zu missbrauchen. Wir Schweizer können einen ganz besonderen Beitrag für die Eigenständigkeit dieser Länder leisten, indem wir die Kapitalflucht zu uns unterbinden. Kapitalflucht destabilisiert die Gesellschaft in diesen Ländern und entzieht ihnen Mittel, die für ihre Entwicklung nötig wären. Alle diese Abhängigkeiten sind moderne Formen von Imperialismus, in die auch die Schweiz mitverstrickt ist. Wir setzen uns für den Abbau solcher Abhängigkeiten ein. Entwicklungszusammenarbeit muss die Ärmsten fördern und in ländlichen Gebieten eine eigene gesellschaftliche Entwicklung möglich machen.

Menschenrechte haben universale Geltung. Menschenrechte werden mit zunehmend verfeinerten Methoden missachtet. Unterdrückung durch eine Oberschicht und Repression sind gewissermassen der Preis, den arme Völker für ihre Eingliederung in die Weltwirtschaft und für ihre damit zusammenhängende immense Verschuldung zahlen müssen. Unsere Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik muss auch in den Dienst der weltweiten Durchsetzung von Menschenrechten gestellt werden. Eine solche Praxis bedeutet nicht eine Verletzung unserer Neutralität, denn Menschenrechte sind universal und nicht teilbar.

Wir Sozialdemokraten wollen unsere Maximen Frieden - Entwicklung Menschenrechte auf mehreren Ebenen durchsetzen: Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund in seiner Aussenpolitik danach handelt. Wir wollen auch Einsatz leisten durch ausserstaatliche Aktivitäten, durch eigene Solidaritätsaktionen und durch die Mitwirkung in der Sozialistischen Internationale (SI).

Wir sind ein Teil der Friedensbewegung

Der Atomkrieg kann nicht begrenzt, nicht gewonnen und nicht überlebt werden. Atomwaffen können mehr Menschen töten, mehr Städte zerstören, mehr Gebäude niederbrennen und mehr Leid hervorrufen, als dies in allen Kriegen seit Beginn der Menschheitsgeschichte zusammengekommen geschah.

Wenn Atomraketen jemals abgefeuert werden, wird es keinen Tisch, keinen Sitzungssaal und keinen Kongress mehr geben, an dem die Folgen eines Atomkrieges diskutiert werden könnten. In den Trümmern werden Kommunismus und Kapitalismus nicht mehr zu unterscheiden sein. Der Atomkrieg kennt keine Landesgrenzen.

Was kann die Schweiz für das Überleben der Menschheit tun?

Wir Sozialdemokraten müssen alle unsere Mitbewohner überzeugen, dass die Erhaltung des Friedens unsere einzige Chance ist. Wir bekennen uns zur Friedensbewegung, die im weltweiten Verbund mit allen Menschen in West und Ost, Nord und Süd für das Einfrieren der Atomwaffen kämpft. Ein Europa ohne Atomwaffen ist für uns Sozialdemokraten ein realistisches Ziel in den Entspannungs- und Abrüstungsbemühungen.

Unser Land ist dank seiner dauernden Neutralität in kein militärisches Bündnis eingespannt. Diese Unabhängigkeit von allen Machtblöcken wollen wir bewahren und verteidigen. Was wir für unser Land realisiert haben, soll auch ein Ziel für ganz Europa sein. Langfristig streben wir ein Europa an, das gleiche Distanz zu den Machtblöcken bewahrt und in der Welt eine eigenständige, stabilisierende und friedenssichernde Rolle spielt.

Schweizerische Sicherheitspolitik bedeutet für uns Friedenspolitik. Die neutrale Schweiz könnte ein Beispiel sein: Regierung, Parlament, Parteien, Verbände und Wissenschaft, Kirche, Ärzte, wir alle können an Versammlungen, an internationalen Konferenzen, auf der Strasse, an Demonstrationen Anstösse und Unterstützung im Kampf für den Frieden geben.

Die offizielle Schweiz kann mit einer eigenständigen Friedens- und Konfliktforschung einen ersten Schritt in die richtige Richtung tun. Seit Jahren fordert die SPS ein solches Institut. Die Schweiz hat damit die Chance, über die traditionelle Sicherheitspolitik hinaus ein Friedenszeichen in Europa und der Welt zu setzen.

Wir wollen mit unserer Sicherheitspolitik den Frieden erhalten

In einer Welt voller Ungerechtigkeit und Machtkonzentration dienen die Armeen häufig der Beherrschung eigener oder fremder Länder. Militärische Abwehrbereitschaft zur Aufrechterhaltung der eigenen politischen Unabhängigkeit ist für uns ein notwendiges Übel. Die Armee ist ein Instrument der Aussenpolitik, niemals darf sie Selbstzweck sein. Sie ist nur glaubwürdig, sofern die Bevölkerung auch wirklich bereit ist, mit der Milizarmee ihre Freiheiten, Rechte und sozialen Errungenschaften zu verteidigen !

Unsere kleinstaatlichen politischen Verhältnisse erlauben uns nicht, eine Grossmachtarmee in Kleinformat zu finanzieren. Wir brauchen deshalb die Milizarmee, welche auch im rüstungstechnischen Bereich diesen Grundsatz einhält. Das Verteidigungskonzept hat der geographischen Beschaffenheit unseres Landes, dem Schwergewicht auf der infanteristischen Struktur unserer Heeresorganisation und den demokratischen Institutionen Rechnung zu tragen.

Die Einsicht in die Notwendigkeit der Armee darf nicht dazu führen, dass Armee, Rüstung und Verteidigungsausgaben tabuisiert werden.

Die Sicherheitspolitik darf der demokratischen Auseinandersetzung nicht entzogen werden. Deshalb fordern wir auch die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben.

Die Bundesverfassung muss so abgeändert werden, dass die Armee bei inneren Konflikten nicht eingesetzt werden darf.

Zur Erfüllung ihrer Aufgabe bedarf die Armee einer schweizerischen Produktionsbasis für Rüstungsgüter mittlerer Technologie, die der grossen Zahl von Wehrmännern die minimale Ausrüstung sichern kann. Da Waffen zum Töten oder zum Erlernen des Tötens dienen, fordern wir ein Exportverbot.

Zur Verbesserung der Stellung des Wehrmannes gehört u.a. die Abschaffung der Militärjustiz, die Einführung der Demokratie in der Armee sowie die Möglichkeit für den Militärdienstverweigerer, anstelle des Militärdienstes Zivildienst zu leisten.

Weil die Armee nur ein Mittel sein kann, muss die Suche nach Alternativen, gewaltfreien Konfliktlösungen ernsthaft vorangetrieben werden: Dazu gehören die Errichtung und Finanzierung eines unabhängigen Friedens- und Konfliktforschungsinstituts, der Aufbau des sozialen Widerstandes für den Fall einer militärischen Besetzung und die Mithilfe beim Abbau von weltweiter Ungerechtigkeit als Ursache von Kriegen.

Der Verwirklichung der Gleichberechtigung der Geschlechter innerhalb der Partei muss Vorrang eingeräumt werden

Zu lange hat der Sozialismus im Kampf gegen die "Herrschaft des Menschen über den Menschen" nur die Herrschaft der Besitzenden bekämpft und die Herrschaft des Mannes über die Frau ausgeklammert. Erst der Feminismus nahm die Ansätze des frühen Sozialismus wieder auf und erkannte, dass die Abkehr von der Vorherrschaft des Mannes eine unverzichtbare Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus ist. Feminismus wie Sozialismus streben eine grösstmögliche Selbstbestimmung der Einzelnen an. Sie setzen aber auch die Übernahme von Verantwortung, die Abschaffung von Hierarchien und unterschiedlichen Wertmassstäben zwischen den Geschlechtern und den Menschen allgemein voraus.

Die Aufhebung der Rollenfixierung für beide Geschlechter ist in diesem Zusammenhang notwendig, um die Vorherrschaft des Mannes über die Frau abzubauen. Sozialismus und Feminismus können deshalb nicht verwirklicht werden, wenn SozialistInnen den Privatbereich aus ihrem politischen Bewusstsein und Handeln ausschliessen. Sonst werden die Frauen einfach die bisher "männlichen" Verhaltensweisen übernehmen, wenn es ihnen gelingt, bisher männlich besetzte Positionen einzunehmen. Auch im Bereich des Privaten, der auf Kosten der Frauen zu oft als Idylle beschworen wird, müssen Veränderungen angestrebt werden.

Unser Ziel ist es deshalb, überholte Verhaltensweisen und Wertvorstellungen zu ändern, weil sie allen Menschen schaden und sie unterdrücken. Bisher dem Privaten zugeordnete Werte müssen Eingang in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft finden, damit dem Menschen auf jeden Fall Vorrang vor der Sache zukommt. Die Männer müssen Eingang in den Haushalt und die Kindererziehung finden. Feminismus, wie wir SozialdemokratInnen ihn verstehen, ist Voraussetzung und Prüfstein des Sozialismus. Deshalb muss der Verwirklichung der Gleichberechtigung der Geschlechter innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Vorrang eingeräumt werden.

Nur wenn neben den wirtschaftlichen auch alle anderen Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben erfüllt sind, können Sozialismus und Feminismus ihren Zielen gerecht werden. Wir SozialdemokratInnen fordern deshalb, dass die Verfassungsgrundsätze von gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit und gleicher Ausbildung für Knaben und Mädchen in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Gleichzeitig ist auch die Gleichstellung von Frau und Mann in der Sozialversicherung zu verwirklichen. Im weiteren ist das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper gesetzlich zu verankern und die Diskriminierung auf allen Ebenen - insbesondere in der Werbung - wirksam zu bekämpfen.

Sachregister

Abrüstung 54
Abstimmungsverfahren 10
Aktionsbündnisse der SP 14,15
Alpentunnels 44,45
Alte Menschen 13,14,15,34,35,36,49
Alternativbewegungen 22,23
Alternative Lebensformen 37
Altwohnungssubstanz 38
Amtssprachen 14,15
Arbeiterkultur-
 organisationen 22,23,52
Arbeitersport-
 organisationen 22,23,52
Arbeitsformen, neue 24
Arbeitsfreie Einkommen 38
Arbeitsgesetzgebung 30,31,34,35
Arbeitslosigkeit 5,13,34,35
Arbeitsplatzkonzentration 42
Arbeitsteilung 12,26,27,36
Arbeitszeit-
 verkürzung 13 26,27,36
Armee 55
Armut 4,6,53
Arzthonorare 49
Asylpolitik 43
Atomenergie 46
Atomwaffen 8,54
Ausbeutung 4,8,17
Auskunftspflicht der Banken 32,33
Ausländer 13,38,43
Ausleseprozess an Schulen 50,51
Aussenpolitik 8,53,55
Ausverkauf der Heimat 38
Autobahnen 44,45

Banken 8,28,29,30,31,38
Behinderte 13,34,35
Behördenmitglieder 20,21
Berggebiete 39,40,41
Berufsbildung 26,27,37,41
Betriebsschliessungen 5,7
Bildungspolitik 5,11,12,13,18
 34,35,50,51,
Bildung parteiinterne 20,21,24
Bildungsurlaub 50,51
Bodenpolitik 38,39,40,41
Bündnisse der SPS 22,23
Bürgerinitiativen 18,22,23
Bürgerrechte 16,43
Bürokratie 7,14,15,16

Chorgesang 41

Delegationsdemokratie 24
Demokratische Kontrolle
 6,10,11,14,15,30,46,50,51
Dezentralisierung 10,12,14,15
 30,31,34,35,49
Drittweltbewegungen 22,23

Einbürgerung 43
Einheitspartei 16
Einwanderungspolitik 43
Energie 6,8,28,29,46,50,51
Entlassungen 5,30,31
Entsorgung 46
Entwicklungspolitik 53
Entwicklungsländer 5,8,53
Erbschaftssteuer 32,33
Erholungsräume 41
Ertragsbeteiligung 30,31
Erwachsenenbildung 26,27,48,50,51,52
Europäische Sozialcharta 13
Existenzminimum 32,33

Familie 11,12,34,35,36,43
Feminismus 56
Fernsehen 47,48
Filmschaffen 47
Finanzausgleich 32,33
Finanzkrise des Staates 7,32,33
Finanzpolitik 28,29,32,33
Flüchtlinge 43
Föderalismus 8,10
Forschung 50,51
Frauenbewegung 22,23,56
Freiheitsrechte 7
Freizeit 5,12,13,17,26,27,48,52
Frieden 4,53,54
Friedensbewegung 22,23,54
Friedensinstitut 54,55
Futtermittelimporte 39,40

Gemeindeautonomie 42
Gesetzesinitiative 14,15
Gesundheit 5,6,17,30,31,34,35,48,49
Gesundheitsvorsorge 49,54
Gesundheitswesen 44,45,49,50,51
Gewerkschaften 18,22,23,30,31,52
Gleicher Lohn 56
Gleichheit der Menschen
 9,43,56
Gruppenpraxen 49

Handels- und Gewerbefreiheit 28,29
Haushalt 56

Heimpflege 49
 Hochschulen 48
 Humanisierung der Arbeit
 13,26,27,34,35,50,51
 Hypothekarzinsen 7

 Information 14,15,47,48
 Initiativrecht 14,15
 Internationale Solidarität 8,53
 Isolationismus 8

 Jugendpolitik 34,35,37,52
 Jugendarbeitslosigkeit 37

 Kapitalbeteiligung der Arbeit-
 nehmer 10,30,31
 Kapitalflucht 28,29,53
 Kapitalgewinnsteuer 32,33
 Kapitalismus 4,6,10,18,30,31,54
 Kartelle 7,28,29,47
 Kindererziehung 56
 Kinderzulagen 36
 Kleinkredite 48
 Kommunalpolitik 42
 Kommunismus 16,28,29,54
 Konfliktaustragung 24,37
 Konjunkturpolitik 28,29
 Konsumenten 39,40,48,52
 Konsumentenorganisationen 22,23
 Konsumentenpolitik 48
 Kranke 36,49
 Krankenpflege 49
 Krankenversicherung 28,29,49
 Kündigungsschutz 26,27,34,35,39,40
 Kultur 11,12,13,14,15,18,30,31,34
 35,41,52,53
 Kurzarbeit 5

 Landschaftspflege 41
 Landwirtschaft 30,31,38,39
 Lebensqualität 5,28,29
 Leistungsbegriff 50,51
 Leninismus 16
 Lenkungsinstrumente 28,29
 Liberalismus 9,28,29
 Lokalfernsehen 47
 Lokalradio 47

 Massentierhaltung 39,40
 Medien 11,22,23,30,31
 Medikamente 48,49
 Medizinische Versorgung 49
 Menschenrechte 9,16,53
 Mieter 38
 Mieterorganisationen 22,23

Mieterschutz 7,36
 Militärjustiz 55
 Milizarmee 55
 Mitbestimmung 7,12,26,27,30,31
 41,50,51
 Mobilität 5,44,45
 Multinationale Konzerne 8
 Mutterschaftskontrolle 49
 Mutterschaftsversicherung 34,35

 Nachbarschaftshilfe 34,35,36
 Neutralisiertes Kapital 30,31
 Neutralität 8,53,54

 Öffentlicher Verkehr 44,45
 Öffentlichkeitsprinzip 11
 Opposition 19

 Pächter 39,40
 Parlament 18,19
 Parteibürokratie 24
 Patientenrechte 49
 Planungsgewinne 38
 Pluralismus 16
 Politische Kultur 24
 Polizei 14,15
 Preiskontrolle 38
 Presse 14,15,47,48
 Presseförderung 47
 Privatsphäre 14,15,56
 Proporz 11

 Qualität am Arbeitsplatz 50,51

 Radio 47,48
 Rahmenplanung 14,15,28,29,30,31
 Randzonen 13,28,29,39,40,41
 Rassismus 9
 Raumplanung 28,29,38,41
 Recht auf Arbeit 34,35
 Rechtsschutz 48
 Rechtsstaat 14,15

 Regenerierbare Energie-
 quellen 46
 Regierungs-
 beteiligung 18,19,20,21
 Rohstoffe 6,8,17,48
 Rüstung 8,55

 Schenkungssteuer 32,33
 Schule 48,50,51,56
 Selbsthilfe 14,15,34,35
 Selbstverwaltung
 10,11,12,14,15,16,24,26,27,30,31
 38,42,50,51

Sexismus 9,56
 Sicherheit 46,54,55
 Siedlungspolitik 36,44,45
 Sowjetunion 16
 Sozialabbau 32,33
 Sozialdemokratische Presse 47
 Soziale Geborgenheit 36
 Soziale Kosten 32,33,39,40,44,45
 Soziale Gerechtigkeit 34,35,48,53
 Sozialer Leistungsstaat 32,33
 Sozial Sicherheit 13,14,15,34,35
 41,53
 Sozialer Widerstand 55
 Sozialisierung der Kosten 32,33
 Sozialistische Internationale 53
 Sozialpolitik 34,35
 Sozialversicherung 32,33,34,35,56
 Spaltung der Arbeiterbewegung 16
 Sport 52
 Sprachliche Vielfalt 14,15,41,52
 Staat 7,11,14,15,16,18,19,30,31
 32,33,50,51,
 Staatsverdrossenheit 7
 Stadtentwicklung 42
 Ständemehr 14,15
 Stellengemeinschaft 26,27
 Steuerflucht 32,33
 Steuerhinterziehung 28,29,32,33
 Steuerpolitik 32,33
 Stimmabstinenz 7
 Subventionen 32,33,41
 Suchtmittel 5,49

 Teilzeitarbeit 26,27,34,35
 Toleranz 20,21,24
 Totalrevision der Bundes-
 verfassung 14,15
 Tourismus 8,41,44,45,

 Überproduktion 39,40,53,
 Überschuldung 39,40
 Überwachungssysteme 14 ,15
 Umwelt 4,5,6,17,28,29,32,33
 41,44,45,46,48,50,51
 Umweltschutzbewegungen 22,23
 Unfallversicherung 49
 UNO 53

 Veloverkehr 44,45
 Verbände im Staat 14,15
 Verbandsklage 48
 Vereinsleben 48,52
 Verkehr 6,28,29,42,44,45
 Versicherungen 38,48,
 Verursacherprinzip 32,33,44,45
 Volksrechte 7,18

Vollbeschäftigung 28,29,32,33,50,51

 Vorherrschaft des Geschlechts
 4,56
 Vorkaufsrecht an Boden 38

 Wachstum 6,10,13,17,26,27
 43,44,45,53
 Währung 8
 Wärmeisolationen
 von Gebäuden 46
 Waffenexportverbot 55
 Wahlen 11,18,19,20,21
 Werbung 48,56
 Wettbewerb 10,17,28,29
 Wiedereingliederung
 von Kranken 49
 Wohnbauförderung 28,29,38
 Wohnen 12,30,31,34,35,38,42,44,45
 Wohngemeinschaften 36,52,
 Wohnungsnot 38
 Wohnungsspekulationen 42
 Würde des Menschen 4,11,14,15,34,35

 Zahnpflegeversicherung 34,35
 Zentralismus 16,24,46,
 Zivildienst 55
 Zweckverbände, regionale 42
 Zweikammersystem 14,15